

# studie

# NRW DGB

Studierendenreport

# Studiensituation und soziale Lage von Studierenden im Ruhrgebiet



GEWERKSCHAFTS **JUGEND IN BEWEGUNG**



# Impressum

**Herausgeber:**

DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen  
Abteilungen Hochschulen, Wissenschaft und Forschung sowie Jugend  
Friedrich-Ebert-Str. 34–38  
40210 Düsseldorf  
Internet: <https://nrw.dgb.de>

**Verantwortlich:**

Anne Knauf, Eric Schley

**Autor\*innen:**

Dr. Ulf Banscherus, Alena Baumgärtner, Mirjam Sorge

**Mitarbeit:**

Aileen Köbe

**Kontakt:**

Technische Universität Berlin  
Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK)  
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt  
Dr. Ulf Banscherus  
Fraunhoferstr. 33–36 | Sekr. FH 10-1  
10587 Berlin  
030/314-21181  
[ulf.banscherus@tu-berlin.de](mailto:ulf.banscherus@tu-berlin.de)

**Lektorat:**

Dr. Mechthilde Vahsen, Dr. Alexandra Jaeger

**Gestaltung:**

Heiko von Schrenk/[schrenkwerk.de](http://schrenkwerk.de)

**Druck:**

BWH GmbH, Hannover

**Titelfoto:**

DisobeyArt/Adobe Stock

Stand: Juni 2019

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort des DGB NRW</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1. Untersuchungsdesign</b>	<b>7</b>
<b>2. Zusammensetzung der Studierenden</b>	<b>8</b>
Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsherkunft	8
Repräsentanz der Qualifikationsstruktur der Eltern der Studierenden	9
Art der Studienberechtigung und berufliche Vorbildung	10
Alter, familiäre Situation, gesundheitliche Beeinträchtigungen	11
<b>3. Studienfach- und Hochschulwahl</b>	<b>12</b>
Studienwahlmotive	13
Hochschulwahl und Hochschulwahlmotive	15
<b>4. Studiensituation, Schwierigkeiten und Belastungen</b>	<b>16</b>
Studienleistungen, Studienintegration	18
Schwierigkeiten und Belastungen	19
<b>5. Zeitbudget und Studienunterbrechungen</b>	<b>21</b>
Studienunterbrechungen	22
<b>6. Auslandsaufenthalte</b>	<b>23</b>
Finanzierungsquellen	23
Mobilitätshürden	24
<b>7. Studienfinanzierung</b>	<b>25</b>
BAföG-Förderung	27
<b>8. Erwerbstätigkeit</b>	<b>29</b>
Gründe für Erwerbstätigkeit	30
<b>9. Wohnen und Mobilität</b>	<b>32</b>
Wohnform, Gründe für Wohnsituation	32
Wegezeit zur Hochschule, Verkehrsmittel	33
<b>10. Gesamteinschätzung</b>	<b>34</b>
Handlungsmöglichkeiten	35
<b>Autor*innen</b>	<b>36</b>
<b>Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt</b>	<b>36</b>

# Vorwort des DGB NRW

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Ruhrgebiet ist der größte Ballungsraum Deutschlands und befindet sich seit den 1960er-Jahren in einem stetigen Strukturwandel. Um den Übergang von Kohle und Stahl zu gestalten, entstand in den letzten Jahrzehnten eine dichte und zugleich differenzierte Hochschullandschaft. Dabei verfolgte die Politik auch das Ziel, Kindern von Arbeiterinnen und Arbeitern einen »Aufstieg durch Bildung« zu ermöglichen, Jugendlichen mit Migrationshintergrund neue Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen und Chancengleichheit herzustellen.

Inwieweit dieses Versprechen bis heute eingelöst werden konnte, ist Thema der vorliegenden Studie. Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Technischen Universität Berlin hat anhand der Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes überprüft, wie es aktuell um die Studiensituation sowie die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden im Ruhrgebiet bestellt ist.

Im Vergleich zum Bundesgebiet und auch zu Nordrhein-Westfalen ist die Gruppe der Studierenden im Ruhrgebiet diverser: So hatten im Jahr 2016 bundesweit nur 12 Prozent der Studierenden eine niedrige Bildungsherkunft, während es in NRW 14,6 Prozent und im Ruhrgebiet 17,2 Prozent waren. Lag der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund 2016 bundesweit bei 20,2 Prozent, waren es in NRW 24 Prozent und im Ruhrgebiet 25,4 Prozent. Studentinnen und Studenten mit Migrationshintergrund und solche aus nicht-akademischen Elternhäusern sind aber – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – auch an den Hochschulen im Ruhrgebiet weiterhin unterrepräsentiert.

Studierenden im Ruhrgebiet fällt es häufig schwerer als in NRW und im Bund, sich an der Hochschule zu etablieren. Sie sind unzufriedener mit ihrer Studiensituation, mit der eigenen Leistung und ihrer finanziellen Lage als Studierende in Nordrhein-Westfalen und in Gesamtdeutschland. Es zeigt sich, dass die Studienzufriedenheit im Ruhrgebiet weiterhin hochgradig abhängig ist von Herkunft und Bildungsstand. Während Studierende im Ruhrgebiet ohne Migrationshintergrund zu 67,5 Prozent ihre Studiensituation positiv bewerten, sind es bei denjenigen mit Migrationshintergrund nur 55,1 Prozent. Bei den Studierenden mit hoher Bildungsherkunft geben 73,6 Prozent eine positive Bewertung ab, bei denen mit niedriger Bildungsherkunft nur 58 Prozent.

Diese Unzufriedenheit kommt nicht von ungefähr: Eltern mit geringer Bildung oder Migrationshintergrund können ihre Kinder häufig kaum im Studium unterstützen – auch finanziell nicht. In der Folge arbeiten Studierende im Ruhrgebiet häufiger neben ihrem Studium, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, unterbrechen das Studium öfter und brauchen daher insgesamt länger. Sie können sich seltener ein Auslandsstudium leisten, sind insgesamt älter und machen sich größere Sorgen über eine Verschuldung nach dem Studium. Sie wohnen außerdem häufiger bei ihren Eltern und müssen daher längere Wege zu ihrer Hochschule in Kauf nehmen.

Die Befunde zeigen: Um gleiche Startbedingungen ins Arbeitsleben zu gewährleisten, brauchen Studierende und Hochschulen im Ruhrgebiet mehr Unterstützung als bisher. Aufgabe der Politik ist es also, mehr dafür zu tun, um Chancengleichheit im Hochschulbereich zu sichern. Hier sind Landes- und Bundesregierung gleichermaßen in der Verantwortung. Helfen würde erstens eine deutliche Flexibilisierung der Studienorganisation. Auf diese Weise könnte die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbsarbeit, aber auch die von Studium und sozialen bzw. familiären Verpflichtungen verbessert werden. Der von der NRW-Landesregierung vorgegebene Trend zu strengen Anwesenheitspflichten ist hier kontraproduktiv. Zweitens sollte das BAföG grundlegend reformiert und die Studienfinanzierung stärker auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden. Hierzu würden nicht nur bedarfsdeckende Fördersätze, sondern auch angemessene Freibeträge und Zuverdienstmöglichkeiten gehören. Und drittens brauchen wir zielgruppenspezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote beim Übergang zur Hochschule, aber auch kontinuierlich während des gesamten Studienverlaufs. Die dazu bestehenden Angebote sollten konzeptionell erweitert und ausgebaut werden.



Anja Weber  
Vorsitzende des DGB-Bezirks  
Nordrhein-Westfalen

# Zusammenfassung

In der vorliegenden Untersuchung wurden die Studiensituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage von Studierenden im Ruhrgebiet im Vergleich mit den Studierenden in Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie bundesweit analysiert. Schwerpunkte waren soziodemografische Merkmale, Belastungen, Zeitbudget und Studienfinanzierung sowie studentische Erwerbstätigkeit.

An den Hochschulen im Ruhrgebiet studierten den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge im Sommersemester 2016 anteilig mehr Studierende mit Migrationshintergrund, als dies in NRW und bundesweit der Fall gewesen ist. Allerdings waren Personen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung dennoch unterrepräsentiert, was auf einen überdurchschnittlichen Anteil dieser Personengruppe in dieser Region zurückzuführen ist. Gleiches galt für Personen aus bildungsfernen Milieus: Zwar waren Bildungsaufsteiger\*innen an den Hochschulen im Ruhrgebiet etwas häufiger anzutreffen als in NRW und bundesweit, der Anteilswert erreichte jedoch nicht den Anteil von Personen mit niedriger formaler Qualifikation in der Sozialstruktur des Ruhrgebiets. Weibliche Studierende waren ebenfalls unterrepräsentiert, allerdings waren die Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts nur marginal. Studierende im Ruhrgebiet verfügten außerdem leicht häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung und waren etwas älter als diejenigen in NRW und bundesweit. Mit der Teilgruppe älterer Studierender korrespondierten im Ruhrgebiet auch marginal höhere Anteile an Personen, die verheiratet waren oder sich in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft befanden. Zudem hatten Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet geringfügig häufiger Kinder.

Den Daten der Studierendenstatistik des Statistischen Bundesamtes zufolge waren im Ruhrgebiet im Wintersemester 2016/2017 im Vergleich zu NRW und Deutschland insgesamt überdurchschnittlich viele Studierende in einem Fach der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften immatrikuliert. Dies ist zum einen auf die große Zahl an Fernstudierenden (vor allem an der FernUniversität in Hagen) sowie zum anderen auf die relativ betrachtet vergleichsweise große Zahl von Studierenden an Hochschulen in privater Trägerschaft zurückzuführen. Fernstudierende sowie Studierende an nicht-staatlichen Hochschulen sind jedoch im Datensatz der 21. Sozialerhebung nicht enthalten bzw. unterrepräsentiert, sodass sich die vorliegende Untersuchung im Kern auf Studierende im Präsenzstudium an staatlichen Hochschulen im Ruhrgebiet bezieht, die zwischen Ruhr und Lippe im Berichtszeitraum auch den ganz überwiegenden Teil der Studierenden stellten. In den Fächergruppen Geisteswissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften sowie Medizin und Gesundheitswissenschaften waren an den Hochschulen im

Ruhrgebiet laut amtlicher Hochschulstatistik anteilig etwas weniger Studierende eingeschrieben als in NRW und bundesweit, in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften war der Anteil im Ruhrgebiet marginal höher.

Im Rahmen der 21. Sozialerhebung gaben die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet geringfügig häufiger an, ihr Studienfach aufgrund extrinsischer Motive, vor allem wegen guter Einkommens- und Karrierechancen, gewählt zu haben. Dies galt insbesondere für männliche Studierende und Studierende mit Migrationshintergrund. Bei der Entscheidung für ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule spielten hingegen Geschlecht und Bildungsherkunft eine gewisse Rolle: Weibliche Studierende und Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft waren häufiger an Universitäten immatrikuliert. Bei der Wahl des Hochschulortes waren für Studierende im Ruhrgebiet zudem die Nähe zum Heimatort sowie zu Freund\*innen und Verwandten besonders relevant, ebenso wie günstige Lebensbedingungen. Hingegen war der Ruf der Hochschule für die Studienwahl im Ruhrgebiet eher von nachgelagerter Bedeutung. Bei Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft waren zudem finanzielle Gründe besonders relevant – auch im Vergleich zu den Studierenden in NRW und bundesweit.

Die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet bewerteten im Sommersemester 2016 sowohl ihre wirtschaftliche Lage als auch ihre Studiensituation und ihre Studienperformanz etwas schlechter als die Studierenden in NRW und in Deutschland insgesamt. Dies galt besonders deutlich für Studierende mit Migrationshintergrund sowie für diejenigen mit einer niedrigen Bildungsherkunft. Eigenen Angaben zufolge wandten die Studierenden im Ruhrgebiet – ganz ähnlich wie die Studierenden in NRW und bundesweit – während des Semesters durchschnittlich rund 41½ Wochenstunden für ihr Studium (Besuch von Lehrveranstaltungen und Selbststudium) auf. Zusätzlich waren die Studierenden im Schnitt 15 Stunden erwerbstätig. Im Vergleich zu Land und Bund gaben die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet geringfügig häufiger an, ihr Studium bereits unterbrochen zu haben – im Durchschnitt für mehr als zwei Semester. Als Ursache hierfür führten sie überdurchschnittlich häufig gesundheitliche und familiäre Gründe, finanzielle Probleme, die Ausübung einer Erwerbstätigkeit sowie Zweifel am Sinn des Studiums an. Studierende im Ruhrgebiet hatten im Sommersemester 2016 seltener einen Auslandsaufenthalt absolviert als die Studierenden in NRW und bundesweit. Die mobilen Studierenden waren zudem im Durchschnitt kürzer im Ausland und hatten dort seltener ein Studium belegt, dafür aber häufiger an kürzeren Formaten wie Sprachkursen, Studienreisen und Summerschools teilgenommen.

Im Vergleich zu den Studierenden in NRW und bundesweit erhielten die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet etwas seltener Unterstützungsleistungen durch die Eltern, diese waren zudem im Schnitt geringer. Hingegen waren die Studierenden im Ruhrgebiet im Sommersemester 2016 häufiger erwerbstätig und erzielten auf diesem Wege auch einen höheren durchschnittlichen Verdienst. Dabei hatten weibliche Studierende, Studierende mit Migrationshintergrund sowie diejenigen mit einer niedrigen Bildungsherkunft den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge im Vergleich zu männlichen Studierenden, Studierenden ohne Migrationshintergrund und Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft geringere Gesamteinnahmen. Insbesondere Studierende mit niedriger Bildungsherkunft erlebten ihre zeitliche Belastung durch Erwerbsarbeit als (zu) hoch und bemängelten besonders oft die fehlende Vereinbarkeit mit den Studienanforderungen. Trotz der schwächeren Sozialstruktur im Ruhrgebiet erhielt nur ein gutes Sechstel der Studierenden BAföG-Leistungen. Somit lag die Gefördertenquote im Ruhrgebiet sogar geringfügig unterhalb der Gefördertenquote in NRW und in Deutschland insgesamt. Als Gründe hierfür führten die Studierenden im Ruhrgebiet im Vergleich mit Land und Bund etwas häufiger an, dass sie die Förderungshöchstdauer überschritten hätten und die geforderten Leistungsnachweise fehlten; aber auch, dass sie keine Schulden machen wollten. Die beiden erstgenannten Gründe wurden besonders häufig von Studierenden mit Migrationshintergrund und denjenigen mit einer niedrigen Bildungsherkunft angeführt.

Von den Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet wohnte im Sommersemester 2016 ein geringerer Anteil am Hochschulort als in NRW und bundesweit. Dies ist zum Teil sicherlich eine Folge der dichten Besiedlung im Ballungsraum zwischen Ruhr und Lippe. Zugleich dürfte dieser Befund aber auch darin begründet liegen, dass die Studierenden im Ruhrgebiet im Vergleich zu Land und Bund häufiger bei ihren Eltern sowie ihren Partner\*innen – und seltener in einer Wohngemeinschaft – lebten und die Nähe zu Familien und Freund\*innen der 21. Sozialerhebung zufolge für sie ein besonders wichtiges Motiv bei der Wahl des Wohnortes darstellte. Hier dürfte sich auch verstärkend auswirken, dass die Studierenden im Ruhrgebiet insgesamt älter waren, häufiger in einer festen Beziehung lebten und auch etwas häufiger Kinder hatten als die Studierenden in NRW und bundesweit. Eine besondere Relevanz für die Wahl des Wohnortes hatte für die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet zudem die Nähe zum Arbeitsplatz, was ein weiteres Indiz für die große Bedeutung, die die Erwerbsarbeit für sie hat, darstellt. Den Weg zur Hochschule legten Studierende im Ruhrgebiet häufiger mit dem öffentlichen Nahverkehr sowie mit dem Auto zurück als die Studierenden in NRW und bundesweit. Sie nutzten zudem deutlich seltener das Fahrrad als Verkehrsmittel der Wahl.



# 1. Untersuchungsdesign

Die vorliegende Kurzstudie untersucht die Studiensituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage von Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet im Vergleich mit allen Studierenden in Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie allen Studierenden bundesweit. Zu den betrachteten Aspekten gehören neben der soziodemografischen Zusammensetzung auch Motive der Studienfach- und Hochschulwahl, Schwierigkeiten und Belastungen während des Studiums, das Zeitbudget der Studierenden sowie die studienbezogene Auslandsmobilität. Außerdem wurden die Studienfinanzierung, Umfang und Motive studentischer Erwerbstätigkeit sowie die Wohnsituation und das Mobilitätsverhalten betrachtet. Die Analyse stellt insofern eine Ergänzung der Regionalauswertung dar, die im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW erstellt wurde.<sup>1</sup>

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen die Einschätzungen<sup>2</sup> der Studierenden zur Studiensituation und zur sozialen Lage. Um zu einem differenzierteren Bild zu gelangen, wurden bei der vorliegenden Analyse nach Möglichkeit bestehende Unterschiede nach den Diversitätsdimensionen Geschlecht, Migrationshintergrund und Bildungsherkunft berücksichtigt. Dies war jedoch aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht bei jedem Themenfeld möglich. Die Basis für diese Studie stellt eine Sonderauswertung der Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) dar. Diese wurde im Sommersemester 2016 vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) durchgeführt. Im Forschungsdatenzentrum (FDZ)<sup>3</sup> des DZHW erfolgte die Aufbereitung und Bereitstellung des Datensatzes<sup>4</sup> für weitergehende Auswertungen. Der Datensatz enthält die Angaben von insgesamt rund 55.000 Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie Bildungsinländer\*innen. Als »Bildungsinländer\*innen« werden Studierende bezeichnet, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, ihre Studienberechtigung jedoch in Deutschland erworben haben. Als »Bildungsausländer\*innen« gelten Studierende mit einer anderen Staatsangehörigkeit, die ihre Studienberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Da die ergänzend durchgeführte Befragung von Bildungsausländer\*innen dem DZHW zufolge auf der Ebene des Landes NRW nicht repräsentativ ist, wurde diese Studierendengruppe nicht in die Betrachtung einbezogen.

Im ausgewerteten Datensatz sind die Angaben von rund 13.000 Studierenden in NRW enthalten,<sup>5</sup> darunter auch von ca. 3.300 Studierenden, die an einer Hochschule bzw. einem Hochschulstandort im Ruhrgebiet immatrikuliert gewesen sind. Entsprechend der Definition von Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik, werden dem Ruhrgebiet die kreisfreien Städte Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und Herne sowie die Kreise Wesel, Recklinghausen, Ennepe-Ruhr-Kreis und Unna zugeordnet. Ergänzend wurde auf Daten aus der Studierendenstatistik des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen, für die die vom DZHW bereitgestellte Datenbank »ICEland« genutzt wurde.

<sup>1</sup> Schirmer, H. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Nordrhein-Westfalen 2016. Regionalauswertung der 21. Sozialerhebung des DSW, durchgeführt vom DZHW für die Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW. Bochum.

<sup>2</sup> In diesem Bericht wurden bei Einschätzungsfragen in der Regel die Angaben der Befragten mit den Werten 4 und 5 auf einer fünfstufigen Skala, z. B. zwischen 1 »trifft nicht zu« und 5 »trifft voll und ganz zu« zusammengefasst, ohne dass dies gesondert angegeben wird.

<sup>3</sup> Die Autor\*innen danken dem Team des FDZ für die engagierte, flexible und sehr hilfreiche Unterstützung.

<sup>4</sup> Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S., Poskowsky, J. (2016): 21. Sozialerhebung. Aufbereitet durch Baillet, F., Weber, A.; DOI: 10.21249/DZHW:ssy21:1.0.0, ssy21\_bi\_r\_1-0-0, released 2018. Hannover: FDZ-DZHW.

<sup>5</sup> Nach Angaben des DZHW lag die Fehlertoleranz für das Land NRW bei einer Stichprobengröße von 2.000 Personen und einem Anteilswert von 15 % bei 0,64 % und bei einem Anteilswert von 65 % bei 0,74 %. Für eine Stichprobengröße von 10.000 Personen wurde die Fehlertoleranz für alle Anteilswerte mit 0,05 % angegeben. Eine Fehlertoleranz in Höhe von 0,64 % bedeutet bei einem ausgewiesenen Anteilswert von 15 % beispielsweise, dass sich der tatsächliche Wert in einem Korridor zwischen 14,36 % und 15,64 % befindet.

## 2. Zusammensetzung der Studierenden

Im Wintersemester 2016/2017 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes an den insgesamt 70 Universitäten, Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), Theologischen Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen in staatlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft in NRW mehr als 776.000 Studierende immatrikuliert. Mehr als ein Drittel dieser Studierenden, insgesamt rund 280.000 Personen, besuchte eine Hochschule im Ruhrgebiet. Bundesweit waren in diesem Zeitraum rund 2,8 Mio. Studierende eingeschrieben. Die große Mehrzahl der Studierenden war den Daten der amtlichen Statistik zufolge an einer Hochschule in staatlicher Trägerschaft eingeschrieben. Bundesweit traf dies im Wintersemester 2016/2017 auf 91,3 % zu, in NRW waren es 87,1 % und im Ruhrgebiet 84,4 %. Der Anteil der Studierenden an einer kirchlichen Hochschule lag auf allen Ebenen bei etwa einem Prozentpunkt. Relevante Unterschiede sind für die Hochschulen in privater Trägerschaft festzustellen. Auf diese entfielen in diesem Zeitraum bundesweit 7,5 % der Studierenden. Für NRW und das Ruhrgebiet wurden mit 11,8 % bzw. 14,7 % höhere Anteilswerte ermittelt. Den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge war im Sommersemester 2016 der weitaus größte Teil der Studierenden in einem Präsenzstudium immatrikuliert, wohingegen auf duale und berufsbegleitende Studiengänge sowie Fernstudienangebote zusammengekommen nur ein geringer Anteilswert entfiel. Dieser lag bundesweit bei 7,6 %, in NRW bei 7,4 % und im Ruhrgebiet waren es 7,5 %. Von allen Studierenden waren laut 21. Sozialerhebung bundesweit 3,6 % in einem Teilzeitstudiengang oder einem Vollzeitstudiengang mit formaler Teilzeitregelung eingeschrieben, in NRW lag der entsprechende Anteilswert bei 5,2 % und im Ruhrgebiet bei 6,3 %.

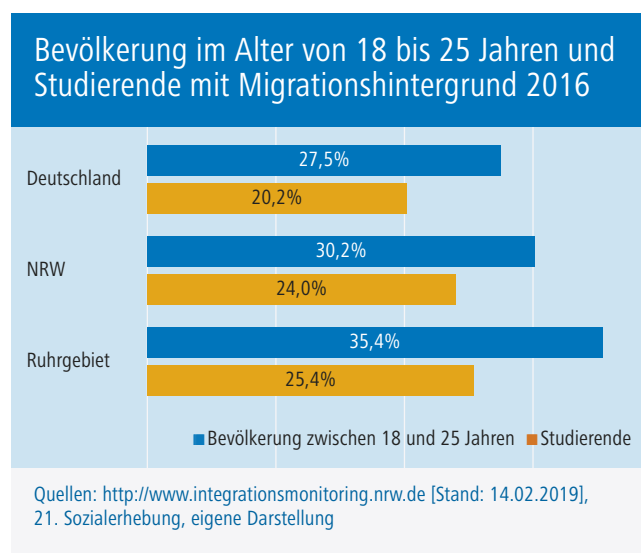
### Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsherkunft

Nach Angaben der amtlichen Statistik lag der Anteil weiblicher Studierender<sup>6</sup> an den Hochschulen in NRW im Wintersemester 2016/2017 bei 47,5 % und an den Hochschulen im Ruhrgebiet bei 45,9 % – bundesweit betrug der Anteilswert weiblicher Studierender 48,2 %.

Auf allen räumlichen Ebenen verfügten fast neun Zehntel der Studierenden der amtlichen Statistik zufolge über die deutsche Staatsangehörigkeit: Bundesweit waren es 87,2 %, in NRW 88,1 % und im Ruhrgebiet 87,8 %. Eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten im

Wintersemester 2016/2017 bundesweit also 12,8 % der Studierenden, in NRW 11,9 % und im Ruhrgebiet 12,2 %. Unter den Studierenden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit befanden sich im Wintersemester 2016/2017 bundesweit 3,3 % Bildungsinländer\*innen und 9,5 % Bildungsausländer\*innen. In NRW und im Ruhrgebiet lag der Anteil der Bildungsinländer\*innen mit 4,1 % bzw. 4,5 % etwas darüber. Dies gilt vor allem für Personen mit der Staatsangehörigkeit eines Nicht-EU-Landes. Auf diese Studierendengruppe entfiel bundesweit ein Anteil von 2,3 %, in NRW waren es 2,9 % und im Ruhrgebiet 3,3 %. Bei den Bildungsausländer\*innen war der Anteil von Personen aus dem Nicht-EU-Ausland in NRW (5,7 %) und im Ruhrgebiet (5,4 %) hingegen etwas geringer als bundesweit (6,9 %).

Die Auswertung der Daten der 21. Sozialerhebung zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund<sup>7</sup> unter den Studierenden generell unterrepräsentiert sind: Denn während diese Gruppe im Jahr 2016 bundesweit 27,5 % aller Einwohner\*innen im Alter von 18 bis 25 Jahren stellte,<sup>8</sup> lag ihr Anteil unter den Studierenden nur bei 20,2 %. In NRW lagen der altersbezogene Bevölkerungsanteil bei 30,2 % und der Studierendenanteil bei 24,0 %. Im Ruhrgebiet hatten zwar 35,4 % der Einwohner\*innen zwischen 18 und 25 Jahren einen Migrationshintergrund, bei den Studierenden waren es jedoch nur 25,4 %. An den Hochschulen in NRW und im Ruhrgebiet waren Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2016 also trotz des höheren Anteils unter den Studierenden deutlich unterrepräsentiert.

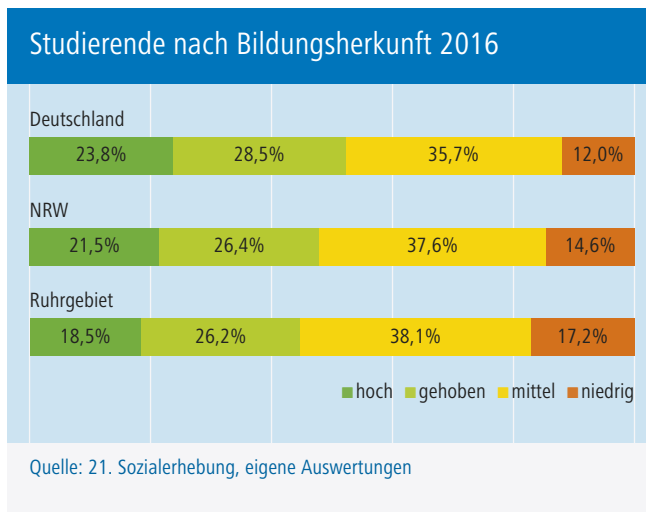


<sup>6</sup> In der Studierendenstatistik gilt nach wie vor ein »binäres« Geschlechtsverständnis, das die Vielfalt unterschiedlicher Identitäten nicht angemessen abbildet.

<sup>7</sup> Eine Person hat der Definition des Statistischen Bundesamtes zufolge dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht von Geburt an besitzt.

<sup>8</sup> <http://www.integrationsmonitoring.nrw.de> [Stand: 14.02.2019].





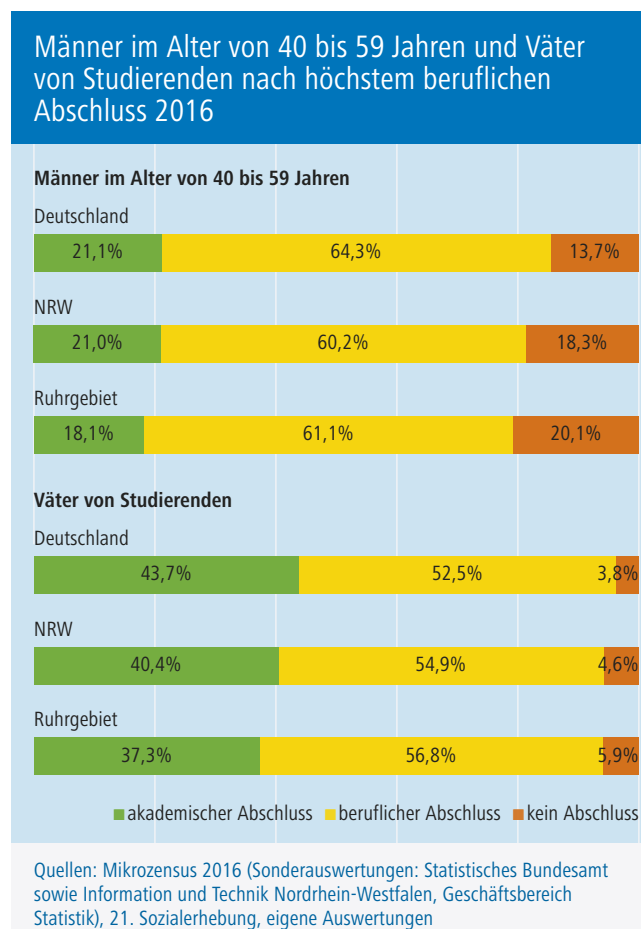
Bei der Bildungsherkunft unterscheidet die Sozialerhebung die Gruppen »niedrig« (maximal ein Elternteil verfügt über eine berufliche Ausbildung), »mittel« (beide Elternteile haben eine Berufsausbildung abgeschlossen), »gehoben« (ein Elternteil hat ein Studium absolviert) und »hoch« (beide Elternteile verfügen über einen Hochschulabschluss). Bundesweit hatten im Jahr 2016 12,0 % der Studierenden eine niedrige und 35,7 % eine mittlere Bildungsherkunft. Weitere 28,5 % hatten eine gehobene und 23,8 % eine hohe Bildungsherkunft. Für NRW wurden Anteilswerte von 14,6 % (niedrig), 37,6 % (mittel), 26,4 % (gehoben) und 21,5 % (hoch) ermittelt. An den Hochschulen im Ruhrgebiet hatten 17,2 % der Studierenden eine niedrige Bildungsherkunft, 38,1 % eine mittlere, 26,2 % eine gehobene und 18,5 % eine hohe Bildungsherkunft. An den Hochschulen in NRW und im Ruhrgebiet ist der Anteil der »Bildungsaufsteiger\*innen« also etwas höher als in Deutschland insgesamt.

## Repräsentanz der Qualifikationsstruktur der Eltern der Studierenden

Vergleicht man die Qualifikation der Väter von Studierenden – aus methodischen Gründen der höchste berufliche (Aus-)Bildungsabschluss des Vaters – mit der Verteilung von Bildungstiteln in der Gesamtbevölkerung, so wird deutlich, dass auf allen betrachteten Ebenen eine deutliche Schieflage hinsichtlich der Bildungschancen besteht: Insbesondere Studierende aus einem akademischen Elternhaus sind an den Hochschulen deutlich überrepräsentiert.<sup>9</sup> Bundes-

<sup>9</sup> Die Ergebnisse eines Vergleichs unterschiedlicher Personengruppen auf der Basis unterschiedlicher Datensätze sind aufgrund der damit verbundenen methodischen Restriktionen strukturell immer mit gewissen Unschärfen verbunden. Deshalb kann der hier vorgestellte Befund nur als analytische Annäherung an die Repräsentanz der Bildungsherkunft der Studierenden in Bezug auf die Sozialstruktur der betrachteten regionalen Ebene verstanden werden. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren sind diese Angaben zudem nicht mit

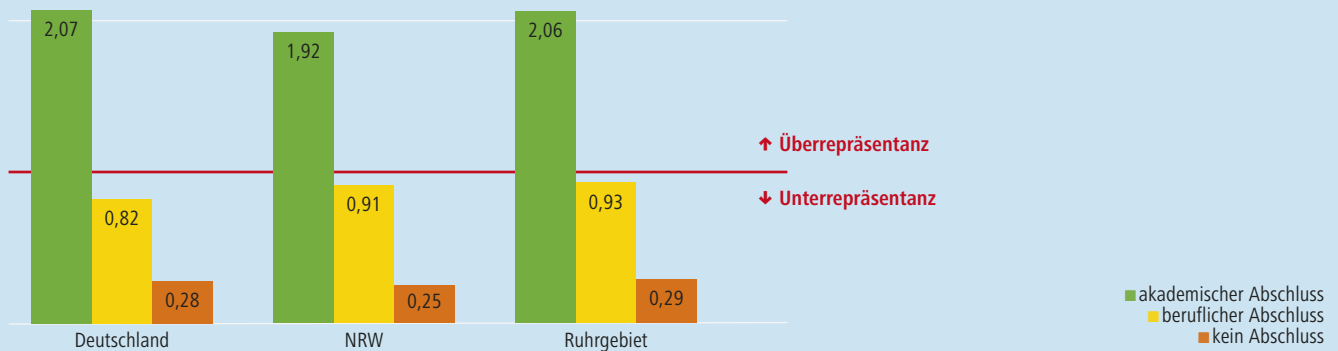
weit hatten im Jahr 2016 43,7 % der Studierenden einen Vater, der über einen akademischen Abschluss verfügte, dies traf aber nur auf 21,1 % aller Männer in der typischen Elterngeneration im Alter zwischen 40 und 59 Jahren zu. Studierende aus einem akademischen Elternhaus sind bundesweit also mehr als doppelt so häufig (Faktor 2,07) an den Hochschulen vertreten, wie es nach der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung zu erwarten wäre. Ganz ähnlich stellte sich die Situation in NRW (Faktor 1,92) und im Ruhrgebiet (Faktor 2,06) dar: Studierende mit einem akademisch gebildeten Vater waren in ganz ähnlicher Weise überrepräsentiert. In Bezug auf das Ruhrgebiet ist dieser Befund vor allem darauf zurückzuführen, dass zwar der Anteil akademisch gebildeter Väter von Studierenden im Vergleich geringer (37,3 %) gewesen ist, gleichzeitig aber auch akademische Abschlüsse bei allen Männern im Alter zwischen 40 und 59 Jahren weniger verbreitet (18,1 %) waren.



Der Anteil der Studierenden, deren Vater eine Berufsausbildung absolviert hat, entsprach im Jahr 2016 der Vergleichsgruppe bundesweit deutlich stärker (insgesamt: 64,3 %; Studierende: 52,5 %; Fak-

den Bildungsherkunftsgruppen der 21. Sozialerhebung vergleichbar.

## Bildungsabschlüsse der Väter von Studierenden in Relation zu allen Männern im Alter von 40 bis 59 Jahren 2016



Quellen: Mikrozensus 2016 (Sonderauswertungen: Statistisches Bundesamt sowie Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik), 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

tor 0,82). Dies gilt für NRW (insgesamt: 60,2 %; Studierende: 54,9 %; Faktor 0,91) und das Ruhrgebiet (insgesamt: 61,1 %; Studierende: 56,8 %; Faktor 0,93) in ähnlicher Weise. Deutlich unterrepräsentiert (Faktor 0,28) waren bundesweit hingegen Studierende, deren Vater über keinen beruflichen Abschluss verfügte. An allen Hochschulen in Deutschland traf dies nur auf 3,8 % der Studierenden zu, insgesamt hatten aber 13,7 % der Männer im Alter zwischen 40 und 59 Jahren keine Ausbildung abgeschlossen. In NRW und im Ruhrgebiet waren 2016 sowohl die Anteilswerte für die Männer im Alter von 40 bis 59 Jahren ohne beruflichen Abschluss (18,3 % vs. 20,1 %) als auch für die entsprechende Teilgruppe der Väter der Studierenden (4,6 % vs. 5,9 %) geringfügig höher als im Bundesvergleich. Dies entsprach einer Relation von 0,25 in NRW und von 0,29 im Ruhrgebiet. Studierende aus bildungsfernen Milieus sind also auch an den Hochschulen in NRW sowie im Ruhrgebiet besonders deutlich unterrepräsentiert.

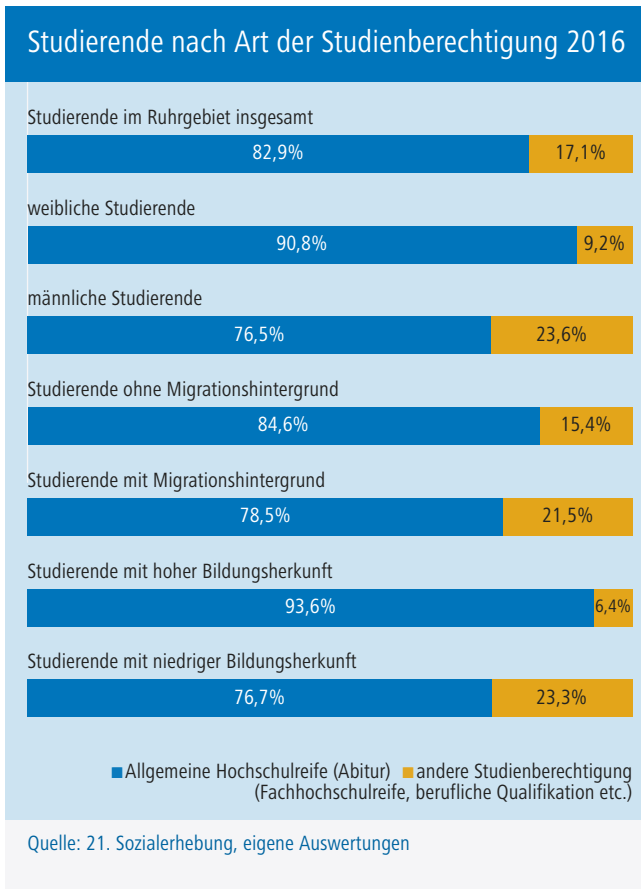
Dies ist vor allem deshalb von besonderer Relevanz, weil den Angaben des Mikrozensus zufolge im Jahr 2016 die Anteilswerte der Angehörigen in der typischen Elterngeneration, die über keinen beruflichen Abschluss verfügten, unter den Männern mit Migrationshintergrund (bundesweit: 36,5 %; NRW: 41,0 %; Ruhrgebiet: 44,2 %) deutlich höher lagen als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund (bundesweit: 7,9 %; NRW: 10,8 %; Ruhrgebiet: 11,6 %). Hier verstärken sich mit dem Bildungsstand der Eltern und dem Migrationsstatus also zwei Einflussfaktoren gegenseitig, die sich hemmend auf die Beteiligungschancen an hochschulischer Bildung auswirken.

## Art der Studienberechtigung und berufliche Vorbildung

Sowohl an den Hochschulen im Ruhrgebiet als auch in NRW insgesamt sowie bundesweit ist der Regelzugangsweg zum Studium nach wie vor das Abitur bzw. die Allgemeine Hochschulreife. Im Ruhrgebiet traf dies im Sommersemester 2016 auf 82,9 % der Studierenden zu. Auf die fachgebundene Hochschulreife entfiel ein Anteil von 2,5 %, auf die Fachhochschulreife von 12,9 % sowie auf weitere Formen der Studienberechtigung (einschließlich beruflicher Qualifizierung) von 1,7 %. Diese »anderen« Hochschulzugangswegen, auf die zusammengenommen ein Anteil von 17,1 % der Studierenden entfiel, wurden allerdings in ganz unterschiedlicher Weise genutzt:<sup>10</sup> Männliche Studierende kamen deutlich häufiger (23,5 %) nicht über das Abitur an die Hochschulen als weibliche Studierende (9,2 %), gleiches gilt für Studierende mit Migrationshintergrund (21,5 %) im Vergleich zu denjenigen ohne Migrationshintergrund (15,4 %) sowie für Studierende mit einer niedrigen Bildungsherkunft (23,3 %) im Vergleich zu Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft (6,4 %). Für NRW und auch bundesweit haben sich bei der Datenauswertung nur marginale Unterschiede ergeben, sodass an dieser Stelle auf die Ausweisung der Anteilswerte verzichtet wird.

Bundesweit hatten im Sommersemester 2016 22,1 % der Studierenden vor Studienbeginn eine Berufsausbildung abgeschlossen. In NRW und im Ruhrgebiet lagen die entsprechenden Anteilswerte mit

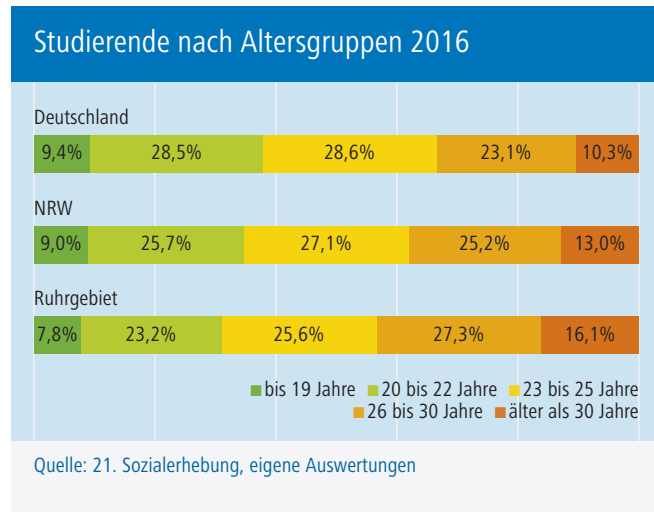
<sup>10</sup> Aufgrund geringer Fallzahlen kann für die verschiedenen Teilgruppen keine Differenzierung nach der Art der Hochschulzugangsberechtigung erfolgen. Gleiches gilt für die Hochschularten (Universitäten bzw. HAW).



23,9 % bzw. 24,2 % geringfügig höher. Auf allen Ebenen haben männliche Studierende (bundesweit: 22,1 %; NRW: 23,9 %; Ruhrgebiet: 24,2 %) etwas häufiger als weibliche Studierende (bundesweit: 18,7 %; NRW: 20,7 %; Ruhrgebiet: 20,5 %) angegeben, dass sie vor dem Studium eine Berufsausbildung absolviert hatten.

## Alter, familiäre Situation, gesundheitliche Beeinträchtigungen

Bei einer Betrachtung des Alters der Studierenden fällt auf, dass die Studierenden in NRW im Vergleich zur Bundesebene tendenziell älter sind. Dies wird besonders beim Anteil derjenigen Studierenden deutlich, die älter als 25 Jahre sind. Dieser Wert lag 2016 bei den Studierenden in NRW bei 38,2 %, während er bundesweit mit 33,4 % deutlich geringer war. Noch einmal deutlich größer als in NRW insgesamt war der Anteil älterer Studierender unter den Studierenden im Ruhrgebiet. Hier wurde auf der Basis der Daten der 21. Sozialerhebung ein Wert von 43,4 % ermittelt. Unter den Studierenden im Ruhrgebiet sind allerdings deutliche Unterschiede nach Bildungsherkunft und Geschlecht festzustellen: Während der Anteil von Personen über 25 Jahren bei Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft



kunft 37,2 % betrug, waren es bei Studierenden mit einer niedrigen Bildungsherkunft 47,8 %. Unter den männlichen Studierenden lag der entsprechende Anteilswert bei 47,1 % und unter den weiblichen Studierenden bei 39,1 %. Vergleichbare Unterschiede lassen sich auch für NRW sowie bundesweit feststellen – allerdings auf einem geringeren Wertenniveau.

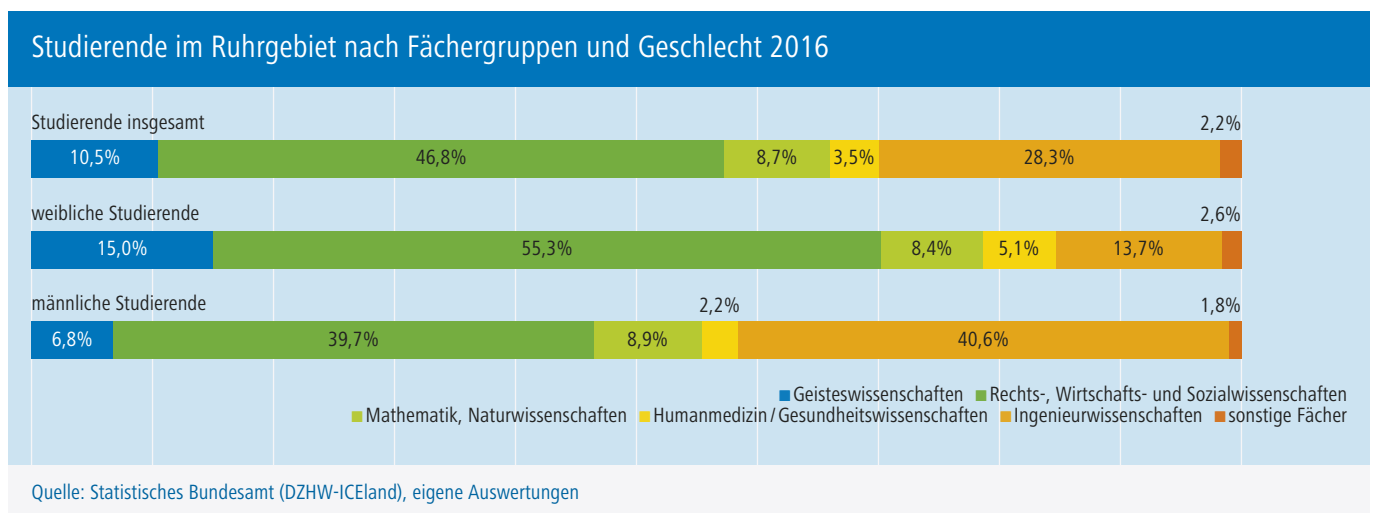
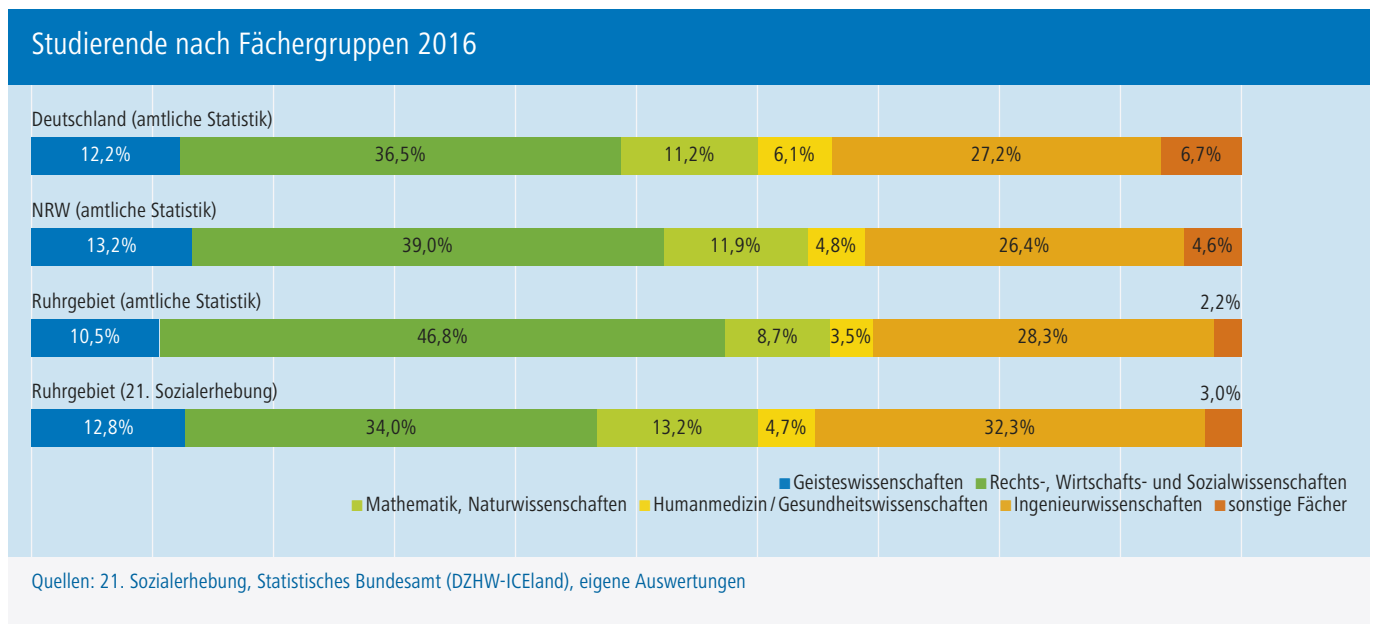
Auf allen räumlichen Ebenen befand sich im Sommersemester 2016 knapp die Hälfte der Studierenden in einer festen Partnerschaft; bundesweit waren es 47,9 %, in NRW 48,2 % und im Ruhrgebiet 48,1 %. Bundesweit waren zudem 6,0 % der Studierenden verheiratet oder lebten in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft, in NRW und im Ruhrgebiet traf dies mit 7,2 % bzw. 8,7 % auf eine geringfügig größere Teilgruppe zu. Bundesweit gaben 5,6 % der Studierenden an, ein Kind oder mehrere Kinder zu haben. Im Vergleich hierzu lagen die entsprechenden Werte bei den Studierenden in NRW und im Ruhrgebiet mit 6,0 % bzw. 7,4 % etwas höher. Dabei lebten weibliche Studierende im Ruhrgebiet häufiger in einer festen Partnerschaft (52,6 %) als ihre männlichen Kommilitonen (44,3 %), waren etwas häufiger verheiratet oder in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft (weiblich: 9,7 %; männlich: 7,8 %) und hatten auch etwas häufiger ein Kind oder mehrere Kinder (weiblich: 8,3 %; männlich: 6,6 %).

Hinsichtlich des Anteils gesundheitlich beeinträchtigter und/oder chronisch kranker Studierender waren im Sommersemester 2016 nur geringfügige Unterschiede zu verzeichnen: Bundesweit betrug der Anteil hier 23,2 %, in NRW waren es 23,7 % und im Ruhrgebiet 24,5 %. Aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung waren bundesweit 10,6 % der Studierenden im Studium eingeschränkt. Unter den Studierenden in NRW lag der entsprechende Anteilswert bei 10,8 % und unter den Studierenden im Ruhrgebiet bei 10,9 %.

# 3. Studienfach- und Hochschulwahl

Die Verteilung der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet auf die verschiedenen Fächergruppen entsprach den Daten der amtlichen Hochschulstatistik zufolge im Wintersemester 2016/2017 im Wesentlichen der bundesweiten Situation bzw. der Situation in NRW: Die größte Fächergruppe bildete auf allen Ebenen die der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Ruhrgebiet: 46,8 %; NRW: 39,0 %; bundesweit: 36,5 %). Dem folgten die Ingenieurwissenschaften (Ruhrgebiet: 28,3 %; NRW: 26,4 %; bundesweit: 27,2 %) sowie mit einigem Abstand die Fächergruppen Geisteswissenschaften (Ruhrgebiet: 10,5 %; NRW: 13,2 %; bundesweit: 12,2 %) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (Ruhrgebiet: 8,7 %; NRW: 11,9 %; bundesweit: 11,2 %). Auf die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (Ruhrgebiet: 3,5 %;

NRW: 4,8 %; bundesweit: 6,1 %) sowie sonstige Fächer wie Veterinärmedizin, Agrarwissenschaften, Kunst (Ruhrgebiet: 2,2 %; NRW: 4,6 %; bundesweit: 6,7 %) entfiel nur ein geringer Anteil der Studierenden. Im Vergleich mit der Fächergruppenverteilung in der 21. Sozialerhebung zeigen sich jedoch relevante Abweichungen – vor allem bei der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die mit 34,0 % in diesem Datensatz deutlich geringer vertreten ist als in der amtlichen Studierendenstatistik, und den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften, die in der 21. Sozialerhebung mit 13,2 % bzw. 32,3 % etwas überrepräsentiert sind. Hintergrund hierfür ist die abweichende Zusammensetzung der Befragten in der Sozialerhebung, wofür in erster Linie der Ausschluss von Fernstudierenden aus der



Erhebung sowie der geringe Rücklauf von Studierenden an kirchlichen und privaten Hochschulen verantwortlich sein dürften.<sup>11</sup>

Beispielsweise haben im Wintersemester 2016/2017 der amtlichen Studierendenstatistik zufolge 71,4 % der rund 68.400 Studierenden der FernUniversität in Hagen ein Fach aus der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften belegt. An den verschiedenen Standorten der Fachhochschule für Ökonomie und Management (FOM) im Ruhrgebiet traf dies auf 85,6 % der rund 42.200 Studierenden zu. Diese Studierenden sind in den Daten der amtlichen Statistik enthalten, im Datensatz der 21. Sozialerhebung jedoch nicht oder nur marginal repräsentiert. Diese Situation führt zu einer gewissen Verzerrung der Ergebnisse der Sozialerhebung im Hinblick auf die Trägerschaft der Hochschule sowie die Fächergruppen. Die in diesem Bericht dargestellten Befunde beziehen sich also in erster Linie auf die große Mehrzahl der Studierenden, die an staatlichen Universitäten und HAW immatrikuliert sind und kein Fernstudium absolvieren (vgl. Abschnitt 2).

Sowohl im Ruhrgebiet als auch bundesweit und in NRW bestanden den Daten der amtlichen Statistik zufolge teilweise deutliche Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Verteilung der Studierenden auf die Fächergruppen. Dabei ist das Verteilungsmuster auf allen Ebenen sehr ähnlich – allerdings bei leicht unterschiedlichen Anteilswerten. Zur Verdeutlichung des Grundmotivs werden an dieser Stelle nur die Angaben für das Ruhrgebiet näher erläutert. Während die weiblichen Studierenden im Wintersemester 2016/2017 häufiger ein Fach aus den Fächergruppen Geisteswissenschaften (weiblich: 15,0 %; männlich: 6,8 %), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (weiblich: 55,3 %; männlich: 39,7 %) sowie Medizin/Gesundheitswissenschaften (weiblich: 5,1 %; männlich: 2,2 %) studierten als ihre männlichen Kommilitonen, stellte sich die Situation in den Ingenieurwissenschaften (weiblich: 13,7 %; männlich: 40,6 %) deutlich anders dar. Die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften wurde von weiblichen (8,4 %) und männlichen (8,9 %) Studierenden ähnlich häufig gewählt.

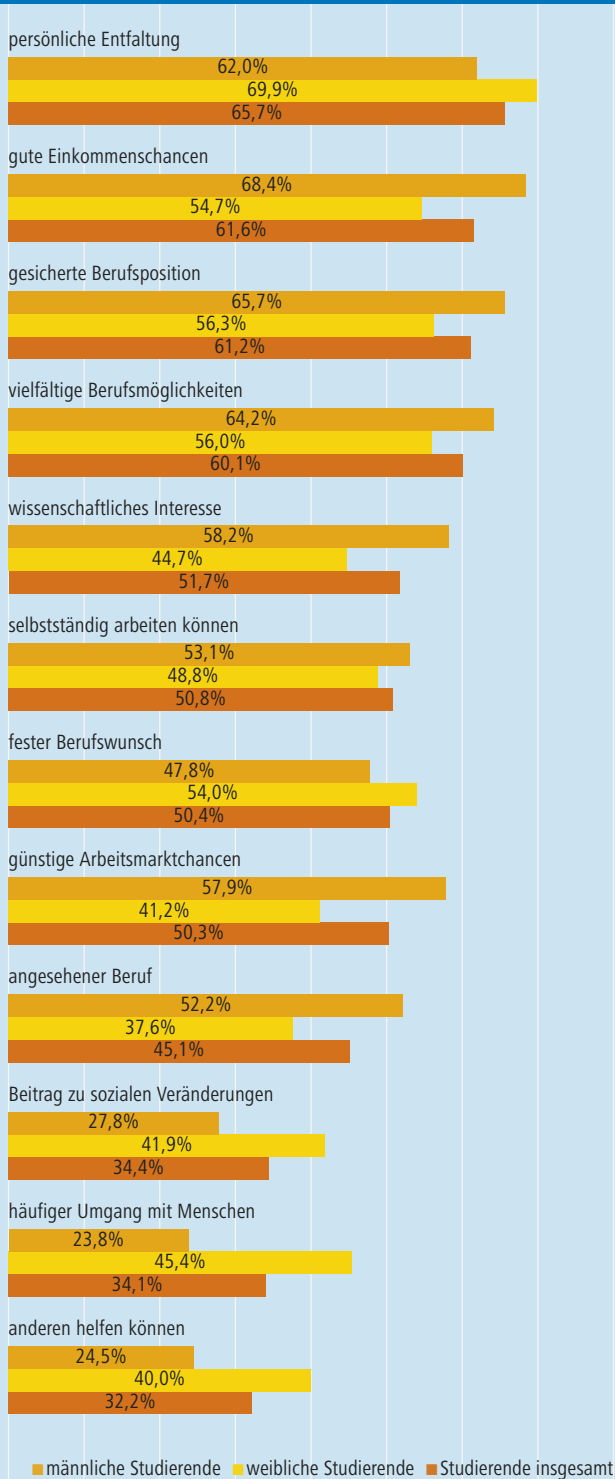
## Studienwahlmotive

Die im Rahmen der 21. Sozialerhebung befragten Studierenden nannten als relevante Studienwahlmotive am häufigsten ein fachspezifisches Interesse (Ruhrgebiet: 81,5 %; NRW: 83,6 %; bundesweit: 83,6 %) sowie eine Übereinstimmung des Fachs mit ihren Neigungen und Begabungen (Ruhrgebiet: 81,7 %; NRW: 83,8 %; bundesweit: 82,8 %). Für Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet hatte außerdem die Erwartung guter Einkommenschancen (Ruhrgebiet: 61,6 %; NRW: 57,9 %; bundesweit: 57,5 %) eine geringfügig höhere Bedeutung bei der Wahl des Studienfachs. Weitere 61,2 % der Studierenden im Ruhrgebiet gaben an, ihr Studium gewählt zu haben, weil sie eine gesicherte Berufsposition anstrebten (NRW: 58,8 %; bundesweit: 58,3 %), und 60,1 % hatten ihr Fach gewählt, um viele Berufsmöglichkeiten zu haben (NRW: 61,6 %; bundesweit: 62,6 %).

Die Motive der Studienwahl unterschieden sich nach dem Geschlecht der Studierenden. Im Vergleich zeigten weibliche Studierende hier eine höhere Orientierung an intrinsischen (insbesondere sozialen) Motiven. Beispielsweise gaben weibliche Studierende gegenüber männlichen häufiger an, ihr Studium gewählt zu haben, um anderen zu helfen (weiblich: 40,0 %; männlich: 24,5 %) oder um zu sozialen Veränderungen beizutragen (weiblich: 41,9 %; männlich: 27,8 %). Auch ein fester Berufswunsch wurde von den weiblichen Studierenden des Ruhrgebiets im Vergleich zu den männlichen etwas häufiger als Studienwahlmotiv benannt (weiblich: 54,0 %; männlich: 47,8 %). Die befragten männlichen Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet hatten ihr Studium hingegen häufiger gewählt, um viele Berufsmöglichkeiten zu haben (weiblich: 56,0 %; männlich: 64,2 %), weil sie eine gesicherte Berufsposition anstrebten (weiblich: 56,3 %; männlich: 65,7 %) oder sich nach ihrem Abschluss ein gutes Einkommen erhofften (weiblich: 54,7 %; männlich: 68,4 %). Auf allen regionalen Ebenen gaben männliche Studierende zudem häufiger an, zu studieren, weil sie einen angesehenen Beruf anstrebten – im Ruhrgebiet war hierbei der Unterschied nach Geschlecht im Sommersemester 2016 (weiblich: 37,6 %; männlich: 52,2 %) etwas stärker ausgeprägt als in NRW (weiblich: 35,7 %; männlich: 46,8 %) und bundesweit (weiblich: 36,8 %; männlich: 47,5 %). Demzufolge orientierten sich die männlichen Studierenden des Ruhrgebiets stärker an extrinsischen (d. h. Karriere- sowie Einkommens-)Motiven in ihrer Studienwahl. Außerdem gaben männliche Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet häufiger an, dass sie sich aus wissenschaftlichem Interesse (weiblich: 44,7 %; männlich: 58,2 %) für ihr Fach entschieden hätten.

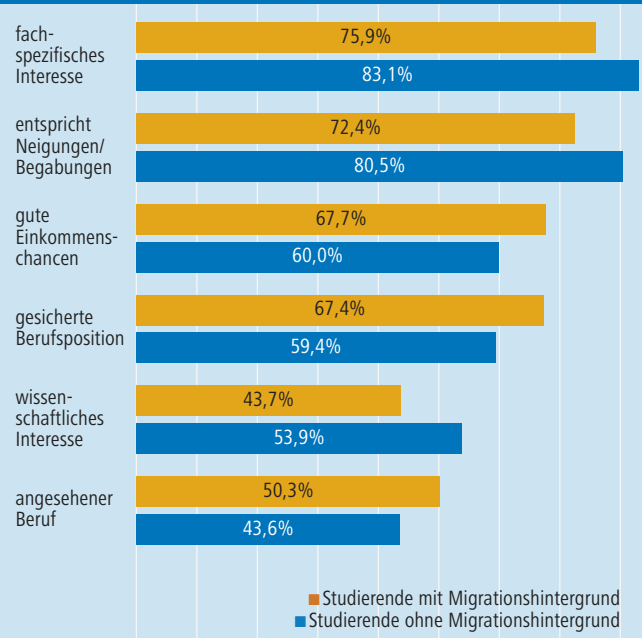
<sup>11</sup> Vgl.: Middendorff, E., Apolinarski, B., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S., Naumann, H., Poskowsky, J. & Becker, K. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Randauszählung zur 21. Sozialerhebung für deutsche und bildungsinländische Studierende für Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter: [http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv/download/21/Soz21\\_ra\\_nrw.pdf](http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv/download/21/Soz21_ra_nrw.pdf) [Stand: 27.03.2019].

### Ausgewählte Studienwahlmotive der Studierenden im Ruhrgebiet nach Geschlecht 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

### Ausgewählte Studienwahlmotive der Studierenden im Ruhrgebiet nach Migrationsstatus 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

Eine Präferenz für extrinsische Studienwahlmotive zeigt sich ebenfalls für die Studierenden mit Migrationshintergrund im Vergleich zu denjenigen ohne Migrationshintergrund: Inhaltliche bzw. fachliche Aspekte des Studiums waren für Studierende mit Migrationshintergrund den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge im Sommersemester 2016 für ihre Studienentscheidung etwas weniger bedeutsam als für diejenigen ohne Migrationshintergrund (fachspezifisches Interesse – ohne: 83,1 %; mit: 75,9 %; entspricht Neigungen/Begabungen – ohne: 80,5 %; mit: 72,4 %). Aus wissenschaftlichem Interesse entschieden sich Studierende mit Migrationshintergrund ebenfalls deutlich seltener für ihr Studium als diejenigen ohne Migrationshintergrund (ohne: 53,9 %; mit: 43,7 %). Etwas häufiger gaben Studierende mit Migrationshintergrund hingegen Studienwahlmotive an, die eine Sicherheits- und Ergebnisorientierung implizieren (gesicherte Berufsposition wird angestrebt – ohne: 59,4 %; mit: 67,4 %; gute Einkommenschancen – ohne: 60,0 %; mit: 67,7 %). In NRW und bundesweit bestehen bezüglich dieser Studienwahlmotive lediglich geringfügige Unterschiede in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund der Studierenden, sodass an dieser Stelle auf eine Ausweisung der entsprechenden Items verzichtet wird.

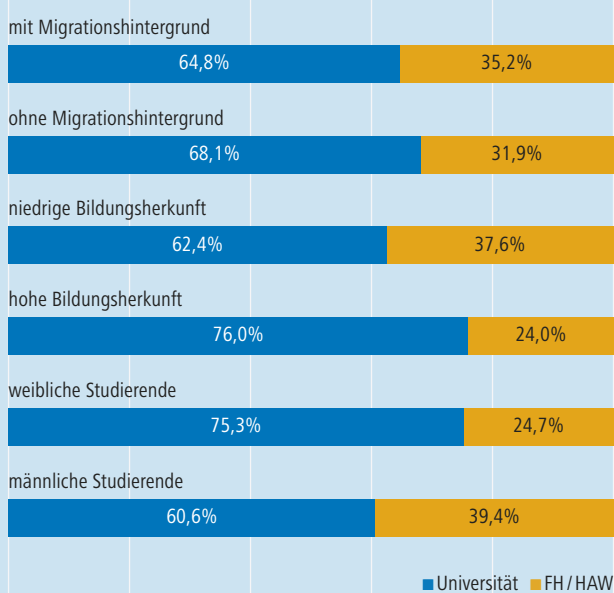


## Hochschulwahl und Hochschulwahlmotive

Zwischen Universitäten und gleichgestellten Hochschulen (z. B. Kunst- und Musikhochschulen, Theologische Hochschulen) auf der einen Seite sowie Fachhochschulen bzw. HAW auf der anderen Seite betrug das Verhältnis der Studierenden in etwa zwei Drittel zu einem Drittel. Dies galt bundesweit (64,5 % vs. 35,5 %) ganz ähnlich wie in NRW (64,8 % vs. 35,2 %) und im Ruhrgebiet (68,6 % vs. 31,4 %).

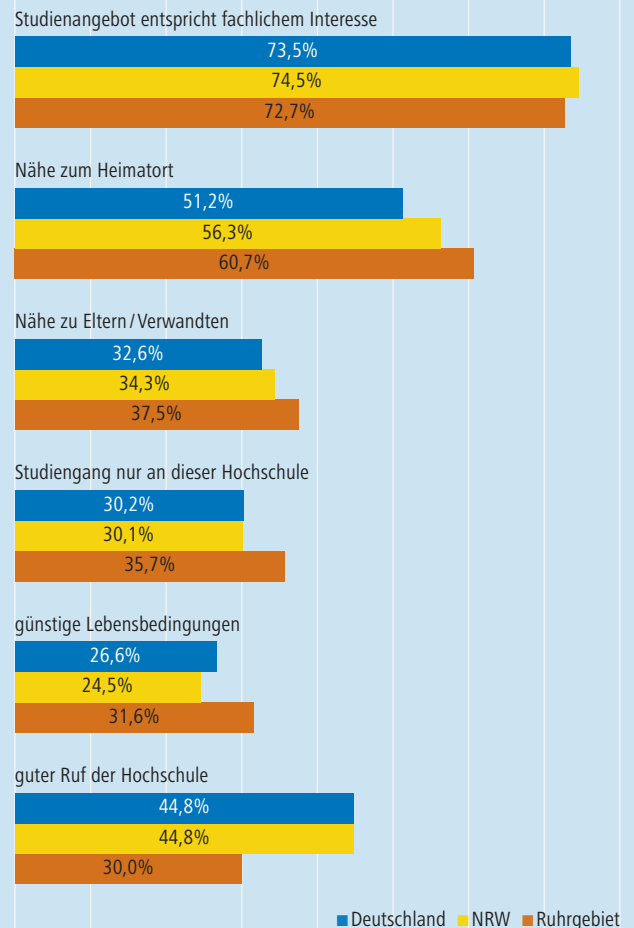
Dabei studierten männliche Studierende im Ruhrgebiet den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge deutlich seltener an einer Universität als weibliche Studierende (weiblich 75,3 %; männlich 60,6 %) – und somit im Vergleich häufiger an einer HAW (weiblich 24,7 %; männlich 39,4 %). Auch Studierende mit einer niedrigen Bildungsherkunft studierten im Vergleich zu denjenigen mit einer hohen Bildungsherkunft seltener an einer Universität (niedrig: 62,4 %; hoch: 76,0 %) und dementsprechend vergleichsweise häufiger an einer HAW (niedrig: 37,6 %; hoch: 24,0 %). Nach Migrationsstatus waren ebenfalls kleinere Unterschiede bei der Wahl des Hochschultyps festzustellen. So waren im Ruhrgebiet Studierende ohne Migrationshintergrund etwas häufiger an einer Universität immatrikuliert als Studierende mit Migrationshintergrund (ohne: 68,1 %; mit: 64,8 %) und etwas seltener an einer HAW (ohne: 31,9 %; mit: 35,2 %).

### Studierende im Ruhrgebiet nach Hochschultyp, Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft 2016



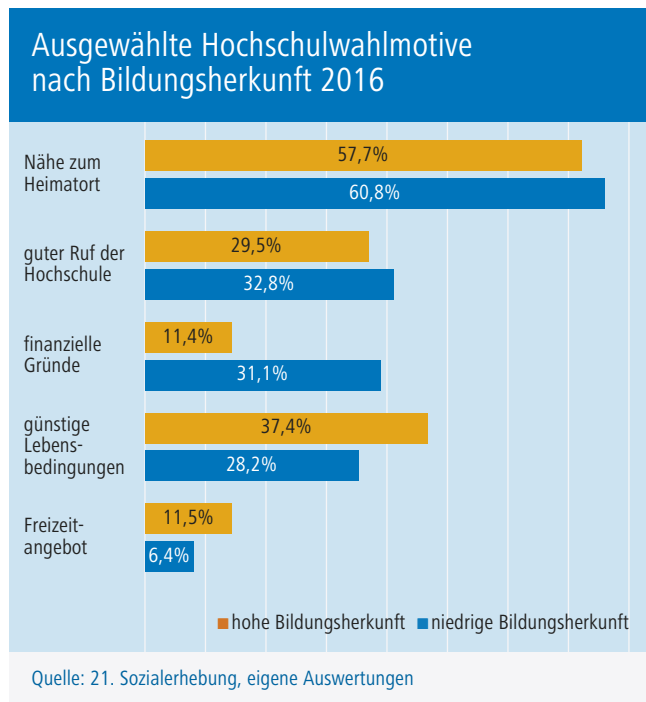
Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

### Häufigste Hochschulwahlmotive von Studierenden 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

Im Rahmen der 21. Sozialerhebung wurden die Studierenden auch dazu befragt, aus welchen Gründen sie sich für ihre jeweilige Hochschule entschieden hatten. Mit 72,7 % gab die deutliche Mehrzahl der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet an, die Hochschule gewählt zu haben, weil das Studienangebot ihrem fachlichen Interesse entsprach. Dieses Motiv wurde sowohl im Ruhrgebiet als auch in NRW (74,5 %) und bundesweit (73,5 %) von den befragten Studierenden am häufigsten angegeben. Die Angaben zu anderen Gründen variieren hingegen zum Teil nach regionaler Ebene: So spielte die Nähe zum Heimatort für die Studierenden im Ruhrgebiet (60,7 %) etwas häufiger eine Rolle für die Wahl der Hochschule als für die Studierenden in NRW (56,3 %) und bundesweit (51,2 %). Auch im Falle des Motivs Eltern/Verwandte leben am Hochschulort bzw. in der Nähe bestehen kleinere regionale Unterschiede (Ruhrgebiet: 37,5 %; NRW: 34,3 %; bundesweit: 32,6 %). Die Abweichun-



gen deuten auf eine höhere regionale Verbundenheit der Studierenden im Ruhrgebiet hin, die sich auch im Kontext der Hochschulwahl auswirkt.

Auch das Motiv günstiger Lebensbedingungen am Hochschulort (31,6 %) sowie den Umstand, dass der gewählte Studiengang nur an dieser Hochschule angeboten werde (35,7 %), führten die Studierenden des Ruhrgebiets im Vergleich etwas häufiger an. Weniger ausschlaggebend für die Wahl der Hochschule schien im Ruhrgebiet

hingegen der gute Ruf der Hochschule (Ruhrgebiet: 30,0 %; NRW: 44,8 %; bundesweit: 44,8 %) zu sein.

Die Hochschulwahlmotive unterschieden sich darüber hinaus in Abhängigkeit von der Bildungsherkunft der Studierenden. Kleinere Unterschiede bestanden hinsichtlich der Motive Nähe zum Heimatort (niedrig: 60,8 %; hoch: 57,7 %) sowie guter Ruf der Hochschule (niedrig: 32,8 %; hoch: 29,5 %) – beide Aspekte wurden im Vergleich von Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft leicht häufiger angegeben. Das Freizeitangebot war hingegen für Studierende mit hoher Bildungsherkunft (11,5 %) etwas relevanter bei der Hochschulwahl als für Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (6,4 %). Gleiches gilt – etwas überraschend – für die günstigen Lebensbedingungen am Hochschulort (niedrig: 28,2 %; hoch: 37,4 %). Der deutlichste Unterschied zeigt sich im Falle der finanziellen Gründe: Während fast ein Drittel der Studierenden (31,1 %) mit niedriger Bildungsherkunft im Ruhrgebiet angab, aus finanziellen Gründen nicht fern des Elternhauses studieren zu können und die aktuelle Hochschule aus diesem Grund gewählt zu haben, traf dies nur auf 11,4 % der Studierenden mit hoher Bildungsherkunft zu. Finanzielle Gründe waren ebenfalls für Studierende mit Migrationshintergrund von etwas höherer Bedeutung bei der Hochschulwahl: Im Ruhrgebiet gaben 28,9 % der Studierenden mit Migrationshintergrund an, sich aus finanziellen Gründen für ihre Hochschule entschieden zu haben – der Anteil unter den Studierenden ohne Migrationshintergrund war mit 22,6 % im Vergleich etwas niedriger. Ähnliche Unterschiede bestanden in NRW (mit Migrationshintergrund: 25,6 %; ohne Migrationshintergrund: 18,3 %) sowie bundesweit (mit: 23,9 %; ohne: 16,1 %).

## 4. Studiensituation, Schwierigkeiten und Belastungen

In der 21. Sozialerhebung wurden die teilnehmenden Studierenden auch zu ihrer Studiensituation im Allgemeinen sowie zu Schwierigkeiten und Belastungen im Studium befragt. Insgesamt 64,6 % der Studierenden im Ruhrgebiet beurteilten ihre gegenwärtige Studiensituation als gut oder sehr gut. Diese Einschätzung lag etwas unterhalb der entsprechenden Anteilswerte bei den Studierenden in NRW (66,9 %) und bundesweit (70,2 %). Im Unterschied zur Verteilung auf der Bundesebene sowie in NRW bestand im Ruhrgebiet aller-

dings eine leicht stärkere Geschlechterdifferenz in der Beurteilung der Studiensituation: Männliche Studierende beurteilten mit 67,0 % ihre Studiensituation etwas häufiger positiv als weibliche Studierende (61,7 %).

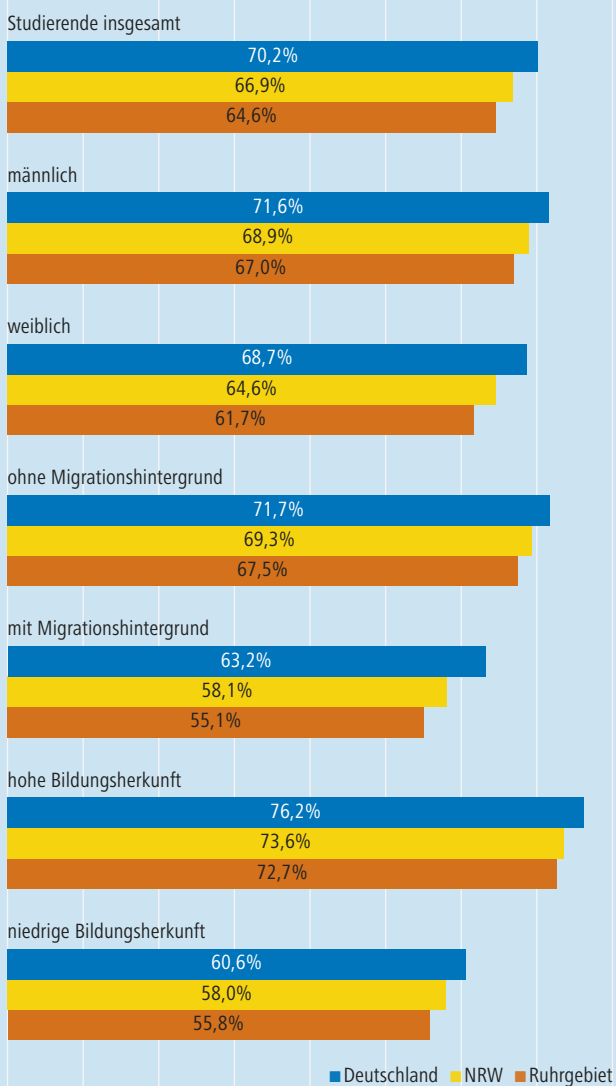
Des Weiteren bestanden zum Teil deutliche Abweichungen nach Bildungsherkunft und Migrationsstatus der Studierenden. Die Einschätzung der gegenwärtigen Studiensituation fiel bei Studierenden mit

Migrationshintergrund im Ruhrgebiet deutlich seltener positiv aus (55,1 %) als bei Studierenden ohne Migrationshintergrund (67,5 %). Dieser Unterschied ist unter den Studierenden des Ruhrgebiets besonders groß – die Differenz ist in NRW (mit: 58,1 %; ohne: 69,3 %) sowie bundesweit (mit: 63,2 %; ohne: 71,7 %) etwas geringer. Auch Studierende mit niedriger Bildungsherkunft beurteilten ihre Studiensituation im Vergleich zu Studierenden mit hoher Bildungsherkunft weniger häufig als positiv. Dieses Verhältnis bestand sowohl im Ruhrgebiet (niedrig: 55,8 %; hoch: 72,7 %) als auch in NRW (niedrig: 58,0 %; hoch: 73,6 %) und bundesweit (niedrig: 60,6 %; hoch:

76,2 %). Auch dieser Unterschied war im direkten Vergleich mit den anderen regionalen Ebenen unter den Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet etwas stärker ausgeprägt.

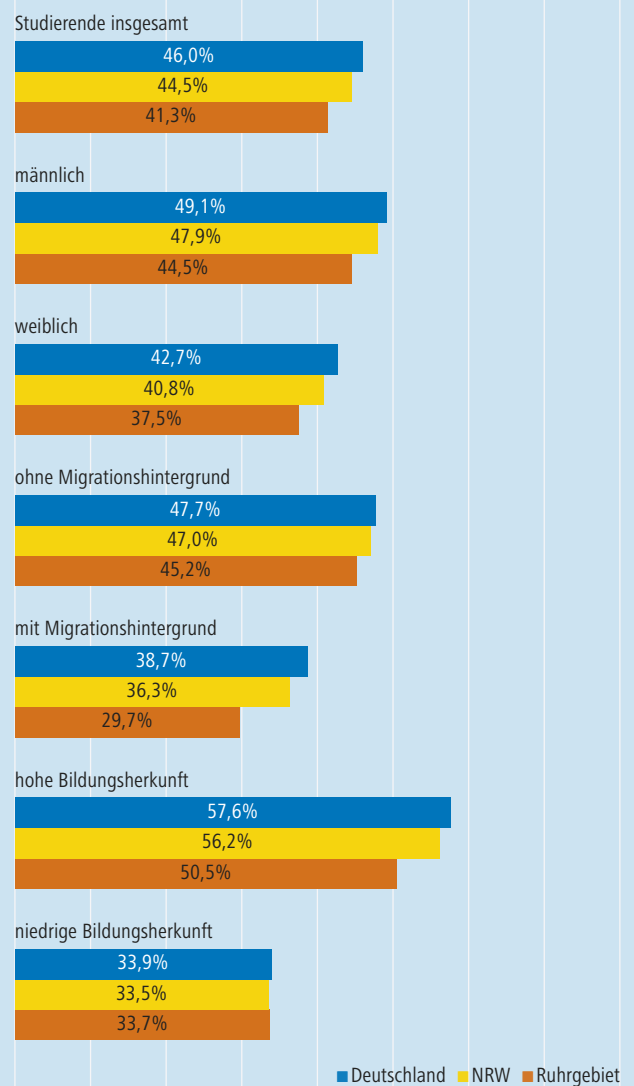
Ihre eigene wirtschaftliche Lage schätzten 41,3 % der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet als gut oder sehr gut ein; dieser Anteil lag leicht unter dem bundesweiten (46,0 %) und geringfügig unter dem in NRW (44,5 %) gemessenen Niveau. Auch diese Beurteilung variierte in Abhängigkeit von Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft. Auf allen regionalen Ebenen beurteilten weibliche

### Positive Beurteilung der gegenwärtigen Studiensituation nach Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

### Positive Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

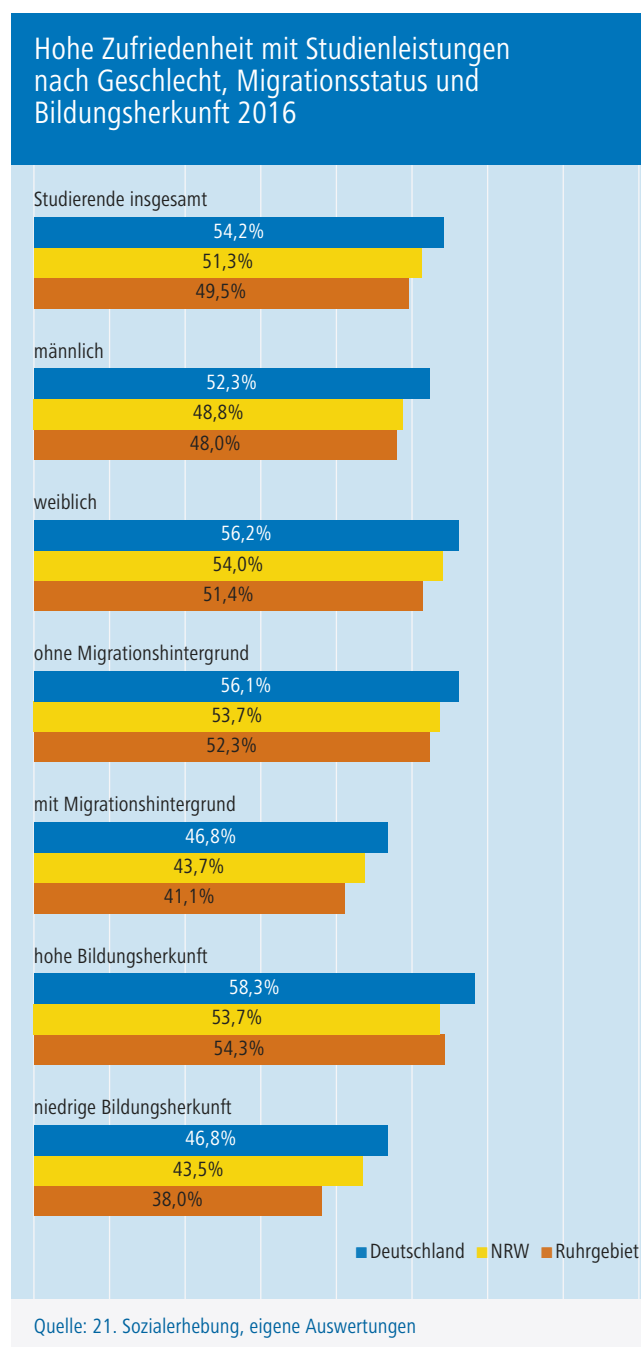
Studierende (Ruhrgebiet: 37,5 %; NRW: 40,8 %; bundesweit: 42,7 %), Studierende mit Migrationshintergrund (Ruhrgebiet: 29,7 %; NRW: 36,3 %; bundesweit: 38,7 %) sowie Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (Ruhrgebiet: 33,7 %; NRW: 33,5 %; bundesweit: 33,9 %) ihre wirtschaftliche Lage seltener als gut oder sehr gut. Der Unterschied nach Migrationshintergrund war im Ruhrgebiet (mit: 29,7 %; ohne: 45,2 %) im Vergleich zur Verteilung in NRW (mit: 36,3 %; ohne: 47,0 %) und bundesweit (mit: 38,7 %; ohne: 47,7 %) etwas stärker ausgeprägt. Deutlich sind auch die Unterschiede nach Bildungsherkunft: Während im Ruhrgebiet die Hälfte der Studierenden mit hoher Bildungsherkunft (50,5 %) die eigene wirtschaftliche Lage positiv einschätzte, galt dies nur für ein Drittel der Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft (33,7 %). Hier fällt vor allem auf, dass der Anteil der Studierenden mit hoher Bildungsherkunft, der die eigene wirtschaftliche Lage positiv bewertete, in NRW (56,2 %) und bundesweit (57,6 %) etwas größer war, während die Anteilswerte für Studierende mit niedriger Bildungsherkunft den für das Ruhrgebiet ermittelten Werten (NRW: 33,5 %; bundesweit: 33,9 %) entsprachen.

### Studienleistungen, Studienintegration

Die Studiensituation der Studierenden wird maßgeblich durch die Anforderungen des Hochschulalltags geprägt. Im Ruhrgebiet gaben 2016 insgesamt 75,1 % der Befragten an, gerne Student\*in zu sein – dieser Anteil lag sowohl in NRW (78,1 %) als auch bundesweit (80,0 %) etwas höher. Etwas mehr als die Hälfte der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet (54,7 %) betrachtete die Hochschule sogar als »genau den richtigen Platz« für sich. Die entsprechenden Anteilswerte waren in NRW (55,6 %) und bundesweit (57,7 %) ganz ähnlich. Die Studierenden im Ruhrgebiet kamen – in fast vollständiger Übereinstimmung mit denjenigen in NRW und bundesweit – im Sommersemester 2016 überwiegend mit den Lehrenden zurecht (65,6 %), betrachteten diese weitgehend als fair (71,7 %) und fühlten sich seitens der Dozent\*innen mehrheitlich anerkannt (52,2 %). Außerdem war es den meisten nach eigener Einschätzung gut gelungen, Kontakte zu anderen Studierenden aufzubauen (62,4 %) und viele Kommiliton\*innen zu kennen, mit denen sie einen fachlichen Austausch pflegten (55,9 %).

Mit den eigenen Studienleistungen war annähernd die Hälfte der befragten Studierenden im Ruhrgebiet (49,5 %) zufrieden oder sehr zufrieden – geringfügig weniger als in NRW (51,3 %) und bundesweit (54,2 %). Auch bei diesem Thema sind aber deutliche Unterschiede nach Migrationsstatus und Bildungsherkunft festzuhalten. Auf allen Ebenen waren Studierende ohne Migrationshintergrund (Ruhrgebiet: 52,3 %; NRW: 53,7 %; bundesweit: 56,1 %) mit ihrer

Studienperformanz häufiger zufrieden als Studierende mit Migrationshintergrund (Ruhrgebiet: 41,1 %; NRW: 43,7 %; bundesweit: 46,8 %). Ebenfalls in relevantem Maße zufriedener waren Studierende mit hoher Bildungsherkunft (Ruhrgebiet: 54,3 %; NRW: 53,7 %; bundesweit: 58,3 %) im Vergleich zu denjenigen mit niedriger Bildungsherkunft (Ruhrgebiet: 38,0 %; NRW: 43,5 %; bundesweit: 46,8 %). Im Ruhrgebiet gaben zudem mit 61,5 % ebenfalls etwas weniger Studierende an, ihr Studium gut bewältigen zu können, als in NRW (64,6 %) und bundesweit (68,0 %). Bezüglich dieser Angabe bestanden ebenfalls Unterschiede im Antwortverhalten in



Abhängigkeit von der Bildungsherkunft: Mit 62,1 % gaben Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet mit hoher Bildungsherkunft etwas häufiger an, ihr Studium gut bewältigen zu können, als Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (54,0 %).

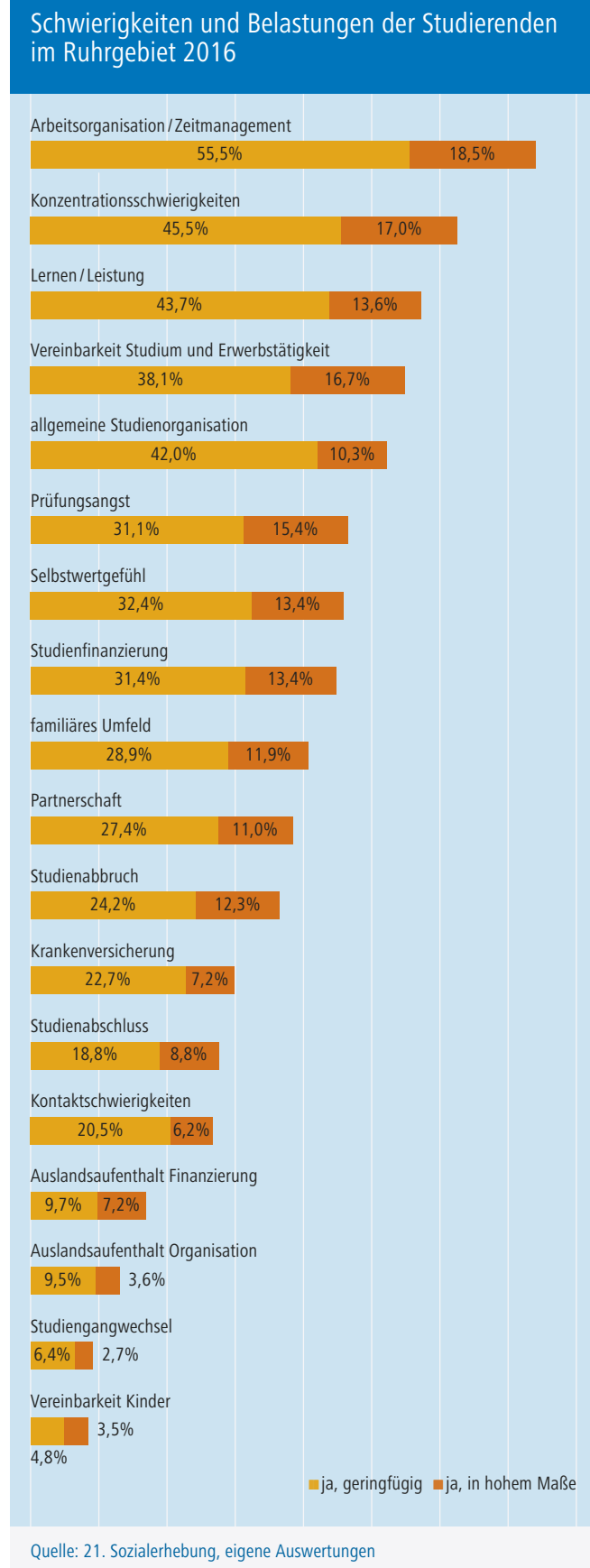
Insgesamt bewerteten die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet im Sommersemester 2016 sowohl ihre wirtschaftliche Lage als auch ihre Studiensituation und ihre Studienperformanz schlechter als die Studierenden in NRW und bundesweit. Dies galt besonders deutlich für Studierende mit Migrationshintergrund sowie für diejenigen mit niedriger Bildungsherkunft.

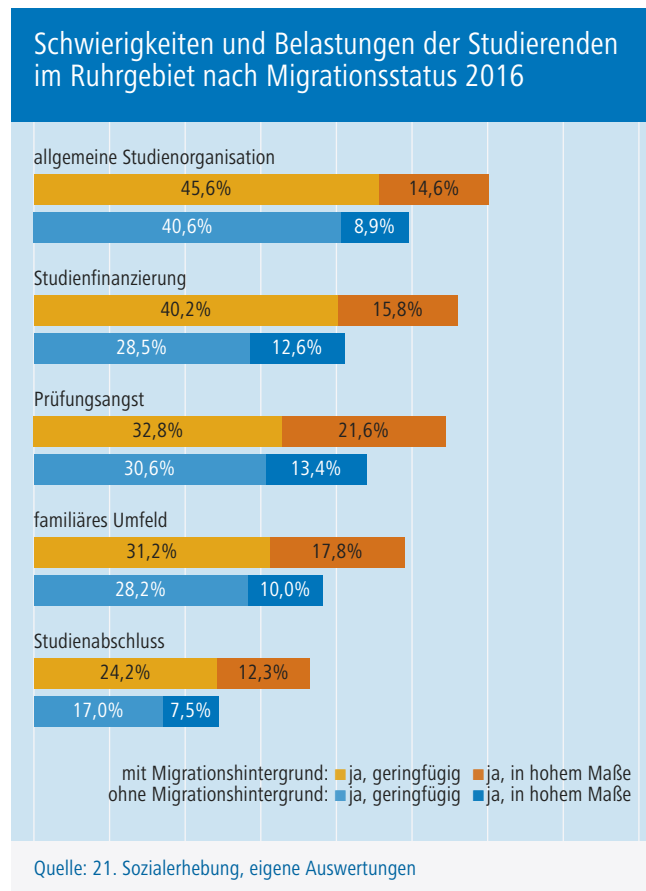
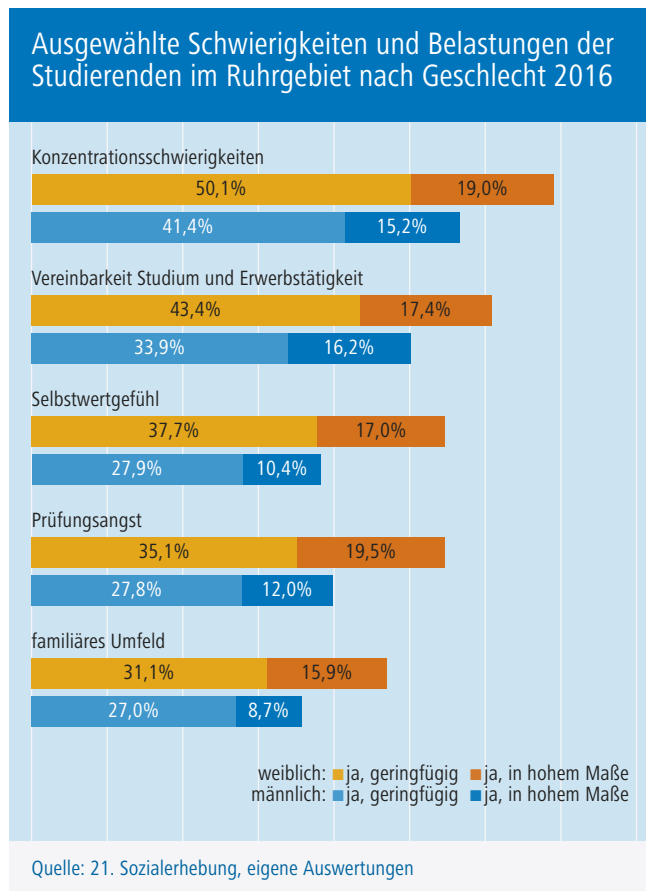
## Schwierigkeiten und Belastungen

Die Studierenden wurden in der 21. Sozialerhebung außerdem zu studienbezogenen Schwierigkeiten und Belastungen in unterschiedlichen Themenbereichen befragt.<sup>12</sup> Am häufigsten berichteten die Studierenden an den Hochschulen des Ruhrgebiets über Schwierigkeiten im Bereich Arbeitsorganisation/Zeitmanagement: Mehr als die Hälfte der Studierenden (55,5 %) gab diesbezüglich geringfügige Schwierigkeiten oder Belastungen an, weitere 18,5 % sahen sich sogar in hohem Maße Schwierigkeiten bzw. Belastungen ausgesetzt. Auch die Bereiche Konzentrationsschwierigkeiten (geringfügig: 45,5 %, in hohem Maße: 17,0 %) sowie Lernen und Leistung (geringfügig: 43,7 %, in hohem Maße: 13,6 %) stellten sich als größere Herausforderungen für die Studierenden des Ruhrgebiets heraus. Die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit war ebenfalls ein relevantes Thema: Dieser Aspekt wurde von jedem bzw. jeder zweiten Studierenden als Schwierigkeit benannt (davon 16,7 % in hohem Maße). Die Angaben zeigen allenfalls marginale Abweichungen nach regionaler Ebene, sodass an dieser Stelle auf die Ausweisung der Anteilswerte für NRW und bundesweit verzichtet wird.

Bezüglich der Schwierigkeiten und Belastungen bestanden zum Teil deutliche Unterschiede in Abhängigkeit vom Geschlecht der Studierenden: Während insgesamt 54,7 % (davon 17,0 % in hohem Maße) der weiblichen Studierenden im Ruhrgebiet angaben, Schwierigkeiten aufgrund des eigenen Selbstwertgefühls zu empfinden, belastete dieser Aspekt lediglich 38,3 % der männlichen Studierenden geringfügig oder in hohem Maße. Das Selbstwertgefühl wird im Fragebogen der 21. Sozialerhebung dem persönlichen Themenbereich zuge-

<sup>12</sup> Die (teilweise erheblichen) Unterschiede zu den Angaben, die in der von der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke in NRW im Oktober 2017 vorgelegten Regionalauswertung enthalten sind, resultieren daraus, dass in diesem Bericht die Antwortmöglichkeit »ja, geringfügig« bei der Ermittlung von Schwierigkeiten und Belastungen im Studium nicht berücksichtigt wurde.





ordnet – ebenso das familiäre Umfeld, welches ebenfalls für weibliche Studierende häufiger problembelastet ist: Mit 47,0 % stellte dieser Aspekt für nahezu die Hälfte der weiblichen Studierenden eine geringfügige bis starke Belastung dar und somit deutlich häufiger als für die männlichen Studierenden (35,7 %). Auch Prüfungsangst wurde im Vergleich von weiblichen Studierenden häufiger als Schwierigkeit benannt (35,1 % geringfügig, 19,5 % in hohem Maße) als von männlichen Studierenden (27,8 % geringfügig, 12,0 % in hohem Maße). Ein deutlicher Unterschied bestand zudem bei der Belastung durch Konzentrationsschwierigkeiten: Diese stellten für 19,0 % der Studentinnen eine starke und für 50,1 % eine geringe Belastung dar – die männlichen Studierenden benannten diese Schwierigkeiten etwas seltener (41,4 % geringfügig, 15,2 % in hohem Maße). Auffällig ist darüber hinaus, dass sich weibliche Studierende auch durch die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (weiblich: 60,8 %, männlich: 50,1 %) deutlich häufiger als belastet ansahen.

Von Studierenden mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet wurde die Studienfinanzierung deutlich häufiger als Belastung benannt: Für zwei Fünftel (40,2 %) dieser Studierenden stellte die Studienfinanzierung eine geringfügige, für weitere 15,8 % eine starke Belastung dar. Die Studierenden ohne Migrationshintergrund gaben die Studienfinanzierung mit insgesamt 41,1 % (vs. 56,0 %) deutlich seltener als Schwierigkeit an (geringfügig: 28,5 %; in hohem Maße: 12,6 %). Auch in den Themenbereichen Familiäres Umfeld (mit: 49,0 %; ohne: 38,2 %), Allgemeine Studienorganisation (mit: 60,2 %; ohne: 49,5 %) sowie Prüfungsangst (mit: 54,4 %; ohne: 44,0 %) gaben Studierende mit Migrationshintergrund im Vergleich deutlich häufiger Belastungen oder Schwierigkeiten an. Auffällig ist außerdem, dass Studierende mit Migrationshintergrund häufiger Fragen, Schwierigkeiten oder Belastungen hinsichtlich des Studienabschlusses hatten (mit: 36,5 %; ohne: 24,5 %). Eine zusätzliche Differenzierung nach Bildungsherkunft ist aufgrund zu geringer Fallzahlen bei diesem Thema nicht möglich.



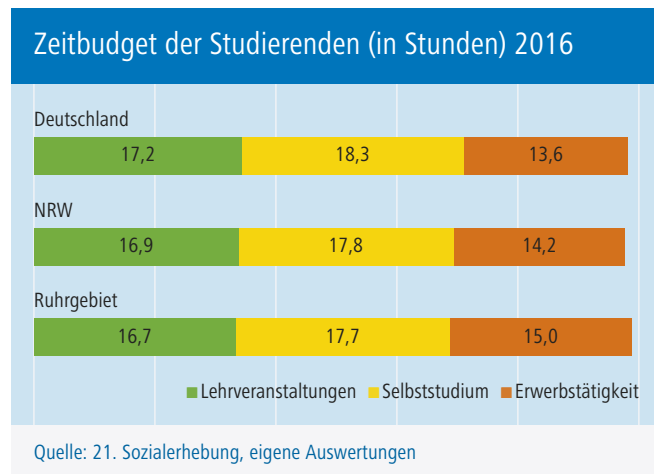
# 5. Zeitbudget und Studienunterbrechungen

Im Durchschnitt wendeten die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet, die in einem Präsenzstudiengang eingeschrieben waren (vgl. Abschnitt 2), den Angaben der 21. Sozialerhebung zufolge im Sommersemester 2016 in einer typischen Vorlesungswoche üblicherweise insgesamt 41,4 Stunden für ihr Studium (Lehrveranstaltungen und Selbststudium) auf. Die Angaben für NRW und den Bund waren ganz ähnlich. Dabei nahmen das Selbststudium (Ruhrgebiet: 17,7 Std.; NRW: 17,8 Std.; bundesweit: 18,3 Std.) und die Teilnahme an Lehrveranstaltungen (Ruhrgebiet: 16,7 Std.; NRW: 16,9 Std.; bundesweit: 17,2 Std.) ähnlich große Anteile am durchschnittlichen wöchentlichen Zeitbudget der Studierenden in Anspruch. Der wöchentliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit betrug bei den Studierenden im Ruhrgebiet im Durchschnitt 15,0 Stunden und lag somit etwas über dem Durchschnittswert in NRW (14,2 Std.)<sup>13</sup> sowie dem bundesweiten Mittelwert (13,6 Std.).

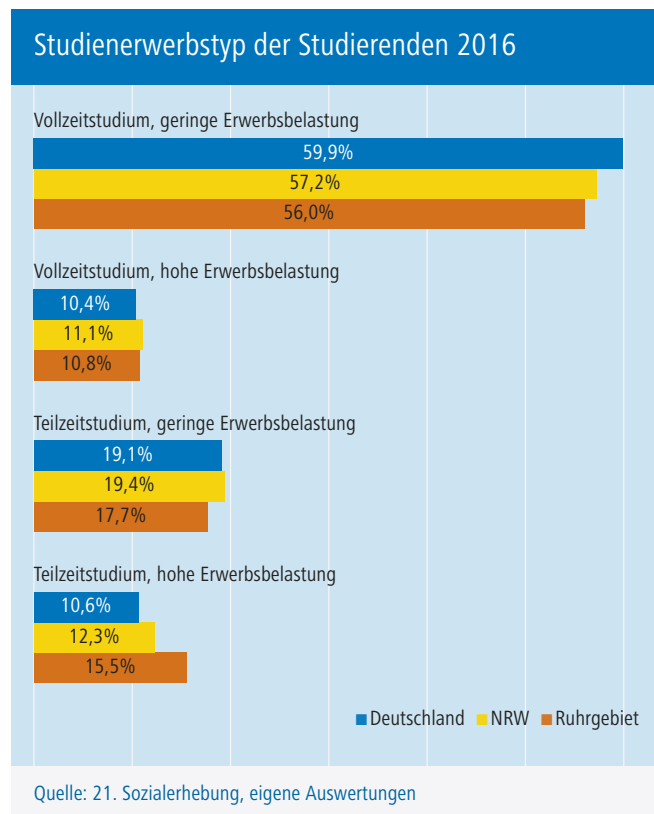
Geringfügige Unterschiede beim Zeitbudget bestanden im Sommersemester 2016 bei den Studierenden im Ruhrgebiet vor allem hinsichtlich des Geschlechts und der Bildungsherkunft. So gaben männliche im Vergleich zu weiblichen Studierenden nicht nur einen etwas höheren durchschnittlichen zeitlichen Aufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen an (männlich: 17,3 Std.; weiblich: 16,2 Std.), sondern auch für die studienbegleitende Erwerbstätigkeit (männlich: 14,9 Std.; weiblich: 13,4 Std.). Beim Selbststudium gab es hingegen keinen relevanten Unterschied zwischen den Geschlechtern (männlich: 17,7 Std.; weiblich: 17,9 Std.). Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (16,8 Std.) wendeten in einer durchschnittlichen Vorlesungswoche etwas mehr Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen auf als Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft (15,7 Std.), beim Selbststudium ist der Befund allerdings gegensätzlich. Hier gaben Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft (19,0 Std.) einen höheren Zeitaufwand an als Studierende mit einer niedrigen Bildungsherkunft (17,4 Std.). Bei Letzteren war wiederum der durchschnittliche zeitliche Aufwand für die Erwerbstätigkeit höher (niedrig: 15,6 Std.; hoch: 13,5 Std.).

Im Rahmen der 21. Sozialerhebung wurden die Studierenden außerdem um eine Einschätzung der Höhe ihres gesamten studienbezogenen Zeitaufwands gebeten. 64,7 % der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet schätzten ihren zeitlichen Aufwand als hoch oder sehr hoch ein – dieser Anteil war leicht niedriger als der in NRW (67,1 %) und bundesweit (68,1 %). Im Vergleich schätzten weibliche Studierende ihren Zeitaufwand leicht häufiger als (sehr) hoch ein (67,3 %) als männliche Studierende (62,5 %). Dies gilt in

<sup>13</sup> Die Unterschiede zur Regionalauswertung der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW resultieren daraus, dass dort nur die Angaben von Vollzeitstudierenden berücksichtigt wurden.



noch etwas stärkerem Maße für die Einschätzung des Zeitaufwands für das Selbststudium: Während 58,7 % der männlichen Studierenden ihren zeitlichen Aufwand für das Selbststudium als (sehr) hoch einschätzten, traf dies auf 67,1 % der weiblichen Studierenden zu. Die Einschätzung des Zeitaufwands für die Erwerbstätigkeit unterschied sich nach dem Migrationshintergrund und der Bildungsherkunft der Studierenden: Sowohl Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (48,9 %) als auch Studierende mit Migrationshintergrund (50,5 %) schätzten ihren diesbezüglichen zeitlichen Aufwand etwas häufiger als (sehr) hoch ein als Studierende mit hoher Bildungsher-



kunft (43,3 %) sowie Studierende ohne Migrationshintergrund (44,5 %).

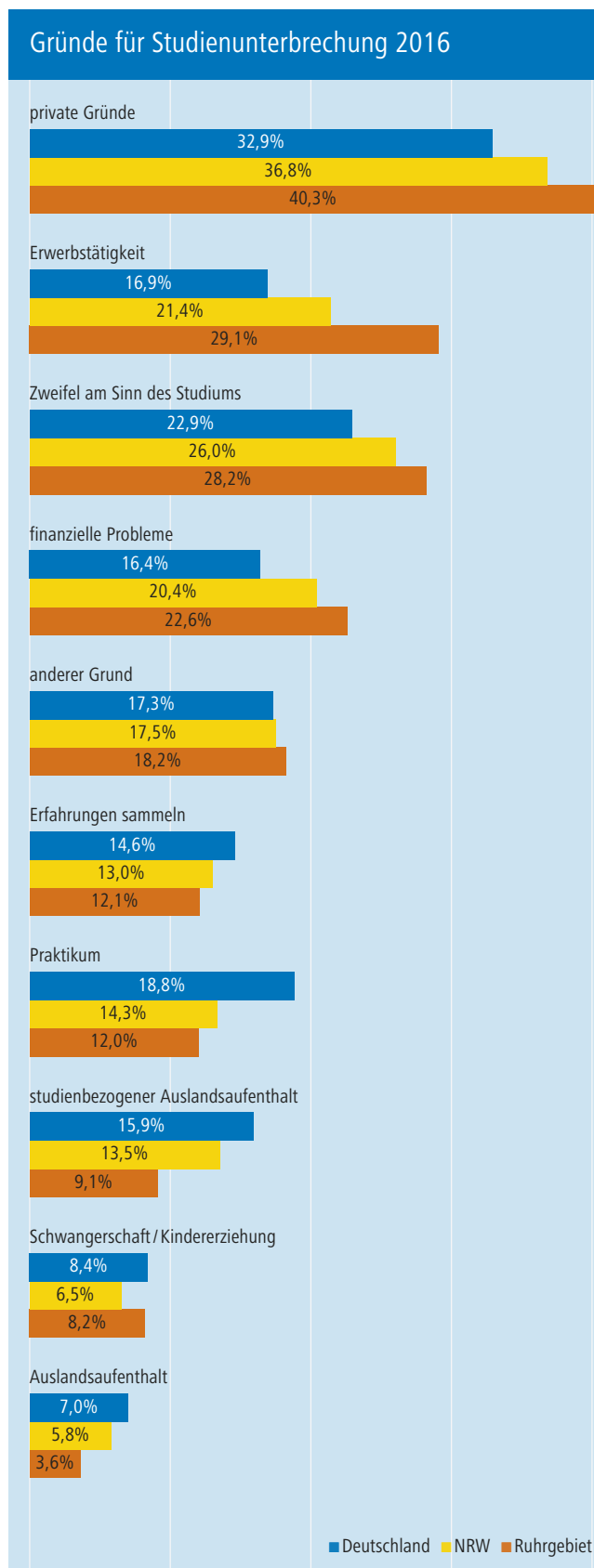
Auf der Grundlage der Angaben der Befragten zum Zeitbudget wurden die Studierenden in unterschiedliche Studierertypen unterteilt: In Vollzeit- und Teilzeitstudierende, die jeweils einer geringen oder hohen Erwerbsbelastung ausgesetzt waren. 56,0 % der Studierenden des Ruhrgebiets waren demzufolge Vollzeitstudierende mit geringer Erwerbsbelastung – die Anteile in NRW (57,2 %) und bundesweit (59,9 %) waren ähnlich hoch. Ein Teilzeitstudium mit geringer Erwerbsbelastung absolvierten im Sommersemester 2016 17,7 % der Studierenden im Ruhrgebiet (NRW: 19,4 %; bundesweit: 19,1 %). Einer hohen Erwerbsbelastung waren nach Daten der 21. Sozialerhebung insgesamt 26,3 % der Studierenden im Ruhrgebiet (davon 10,8 % in Vollzeit und 15,5 % in Teilzeit) ausgesetzt. Dabei war der Anteil der Studierenden im Teilzeitstudium mit hoher Erwerbsbelastung im Ruhrgebiet (15,5 %) marginal höher als in NRW (12,3 %) und bundesweit (10,6 %).

## Studienunterbrechungen

Im Sommersemester 2016 gaben 19,1 % der befragten Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet an, ihr Studium bereits mindestens einmal unterbrochen zu haben. Dieser Anteil lag geringfügig über demjenigen in NRW (17,5 %) und leicht über dem bundesweiten Wert (15,5 %). Die durchschnittliche Unterbrechungsdauer (in Semestern) war im Ruhrgebiet zudem geringfügig länger als auf den anderen regionalen Ebenen (Ruhrgebiet: 2,6; NRW: 2,4; bundesweit: 2,2).

Eine Unterbrechung des Studiums erfolgte auf allen regionalen Ebenen am häufigsten aufgrund privater Gründe<sup>14</sup> – im Ruhrgebiet (40,3 %) noch etwas häufiger als in NRW (36,8 %) und bundesweit (32,9 %). Auffällig ist, dass die Studierenden des Ruhrgebiets ihr Studium deutlich häufiger wegen einer Erwerbstätigkeit (Ruhrgebiet: 29,1 %; NRW: 21,4 %; bundesweit: 16,9 %) und leicht bis etwas häufiger aufgrund finanzieller Probleme (Ruhrgebiet: 22,6 %; NRW: 20,4 %; bundesweit: 16,4 %) unterbrochen hatten. Dies unterstreicht die höhere Relevanz der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Studium sowie der Studienfinanzierung als Belastung für die Studierenden des Ruhrgebiets (vgl. Abschnitt 4) im Vergleich zu den Studierenden der anderen regionalen Ebenen.

<sup>14</sup> Aus Gründen der Anonymisierung wurden die Antwortmöglichkeiten »akute gesundheitliche Probleme«, »chronische Krankheit/Behinderung«, »Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger« sowie »andere familiäre Gründe« unter der Kategorie »private Gründe« durch das DZHW zusammengefasst.



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

Seltener als alle Studierenden in NRW und bundesweit unterbrachen die Studierenden im Ruhrgebiet hingegen ihr Studium, um Erfahrungen zu sammeln (Ruhrgebiet: 12,1 %; NRW: 13,0 %; bundesweit: 14,6 %), wegen eines Praktikums (Ruhrgebiet: 12,0 %; NRW:

14,3 %, bundesweit: 18,8 %) sowie aufgrund von studienbezogenen (Ruhrgebiet: 9,1 %; NRW: 13,5 %; bundesweit: 15,9 %) oder anderen Auslandsaufenthalten (Ruhrgebiet: 3,6 %; NRW: 5,8 %; bundesweit: 7,0 %).

## 6. Auslandsaufenthalte

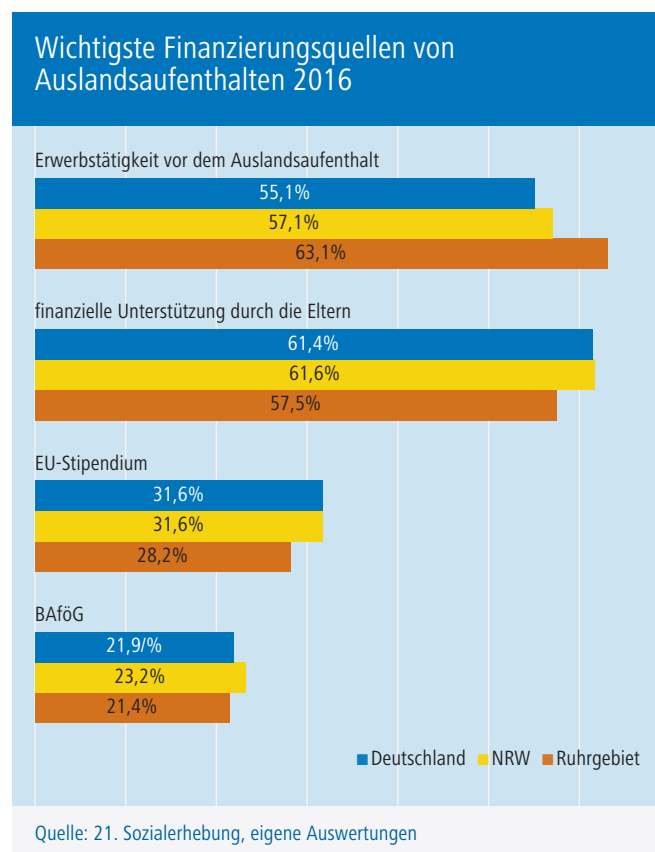
Im Rahmen der 21. Sozialerhebung gab nur eine kleine Minderheit der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet (11,8 %) an, bis zum Befragungszeitpunkt im Sommersemester 2016 mindestens einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt absolviert zu haben. Dabei waren weibliche Studierende (14,8 %) etwas mobiler als ihre männlichen Kommilitonen (9,5 %). Bei den Studierenden in NRW insgesamt war der Anteil der Studierenden, die bereits einen Auslandsaufenthalt absolviert hatten, etwas höher (13,3 %). Bundesweit waren es 16,0 %. Von den mobilen Studierenden im Ruhrgebiet (48,3 %) gab bei der Befragung ein etwas kleinerer Anteil als bei den mobilen Studierenden in NRW (56,4 %) und bundesweit (57,6 %) an, ein Auslandsstudium absolviert zu haben, bei Auslandspraktika lagen die Anteilswerte hingegen relativ eng beieinander (Ruhrgebiet: 28,2 %; NRW: 28,2 %; bundesweit: 30,5 %). Im Vergleich zu Studienaufenthalten waren bei den Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet im Vergleich zu ihren Kommiliton\*innen in NRW sowie bundesweit andere Mobilitätsvarianten wie Sprachkurse, Studienreisen, Summerschools oder die Durchführung einer Projektarbeit stärker verbreitet. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Mobilitätsformen ist jedoch aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht möglich. Allerdings korrespondiert die durchschnittliche Dauer des ersten – und überwiegend auch einzigen – Auslandsaufenthalts (Ruhrgebiet: 4,2 Monate; NRW: 4,9 Monate; bundesweit: 5,0 Monate) mit dem Befund, dass Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet zumindest tendenziell kürzere Auslandsaufenthalte absolviert hatten.

### Finanzierungsquellen

Die meisten Studierenden gaben an, zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten mehrere Quellen genutzt zu haben. Zu den wichtigsten gehörten die eigene Erwerbstätigkeit (Ruhrgebiet: 63,1 %; NRW: 57,1 %; bundesweit: 55,1 %), die Unterstützung durch die Eltern (Ruhrgebiet: 57,5 %; NRW: 61,6 %; bundesweit: 61,4 %) sowie der Bezug eines EU-Stipendiums (v. a. ERASMUS) (Ruhrgebiet: 28,2 %;

NRW: 31,6 %; bundesweit: 31,6 %) und von BAföG-Leistungen (Ruhrgebiet: 21,4 %; NRW: 23,2 %; bundesweit: 21,9 %).

Im regionalen Vergleich fällt vor allem auf, dass Studierende an einer Hochschule im Ruhrgebiet etwas seltener von ihren Eltern unterstützt wurden und zur Finanzierung eines Auslandsaufenthalts etwas häufiger auf das eigene Einkommen zurückgriffen. Zur Relevanz anderer Finanzierungsquellen wie Stipendien der Begabtenförderwerke, Studienkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Erwerbstätigkeit während des Auslandsaufenthalts sind aufgrund zu geringer Fallzahlen keine Aussagen möglich.

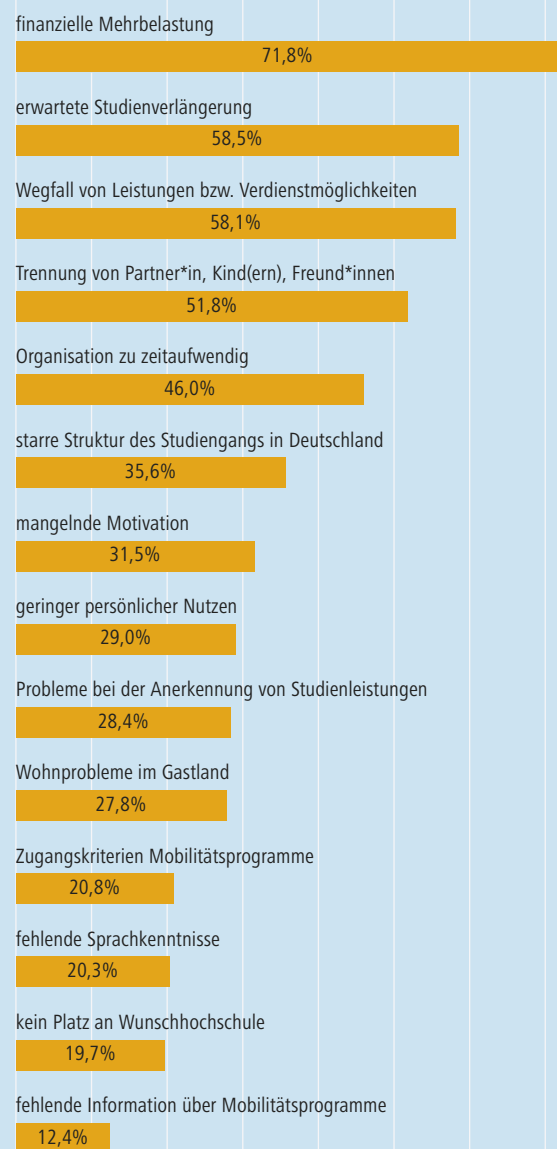


## Mobilitätshürden

Studierende, die zum Befragungszeitpunkt keinen studienbezogenen Auslandsaufenthalt absolviert hatten, gaben hierfür unterschiedliche Gründe an. In aller Regel wirken hier mehrere Faktoren, insbesondere finanzielle, studienorganisatorische, soziale und individuelle Aspekte bzw. Motive, zusammen. Dies gilt für Studierende an Hochschulen im Ruhrgebiet in ganz ähnlicher Weise wie für alle Studierenden in NRW sowie bundesweit. Da die Anteilswerte auf allen Ebenen sehr ähnlich sind, erfolgt an dieser Stelle nur eine Ausweisung der Befunde für Studierende im Ruhrgebiet.

Ein besonders relevanter Hinderungsgrund (71,8 %) war die erwartete finanzielle Mehrbelastung, die sich aus einem studienbezogenen Auslandsaufenthalt ergibt. Eng damit verbunden war die Erwartung des Wegfalls von Leistungen bzw. Verdienstmöglichkeiten (58,1 %). Ebenfalls häufig als Hinderungsgründe angeführt wurden seitens der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet die erwartete Verlängerung der Studienzeit (58,5 %) sowie die Trennung von Familie und Freund\*innen im Rahmen eines Auslandsaufenthalts (51,8 %). Fast die Hälfte (46,0 %) war zudem der Ansicht, die Organisation eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts sei zu aufwendig. Weitere 31,5 % gaben als Grund mangelnde Motivation an und 29,0 % die Erwartung eines geringen persönlichen Nutzens durch das Absolvieren eines Auslandsaufenthalts. Die starre Struktur des eigenen Studiengangs (35,6 %) sowie erwartete Probleme bei der Anerkennung von Studienleistungen (28,4 %) wurden ebenfalls als Hinderungsgründe angeführt. Aspekte, die sich unmittelbar auf den geplanten Auslandsaufenthalt beziehen, wie die Wohnsituation im Ausland (27,8 %), die Zugangskriterien zu Mobilitätsprogrammen (20,8 %), fehlende Sprachkenntnisse (20,3 %) oder die Sorge, keinen Platz an der Wunschhochschule zu erhalten (19,7 %), waren als Hinderungsgründe für einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt von vergleichsweise geringer Bedeutung.

### Hinderungsgründe für Auslandsmobilität von Studierenden im Ruhrgebiet 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

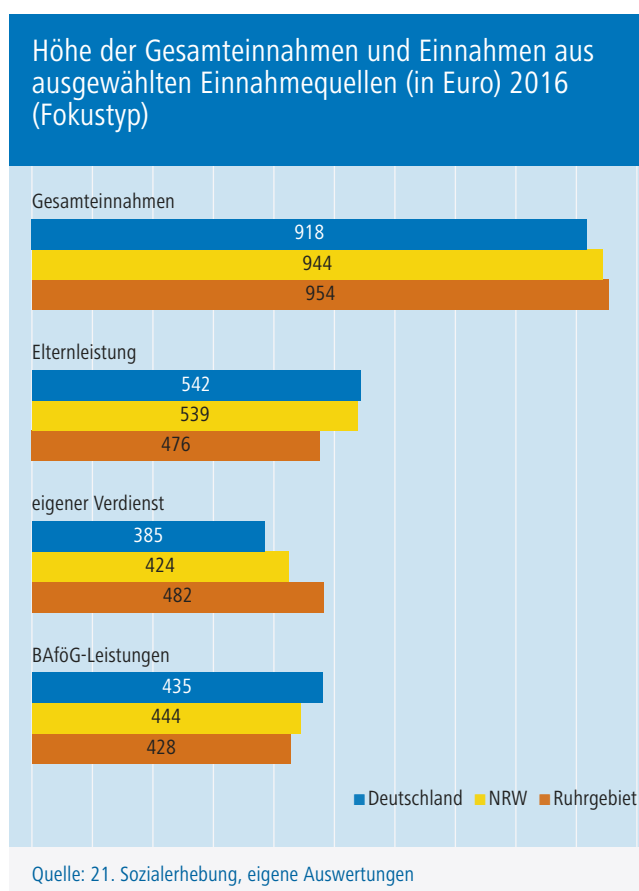
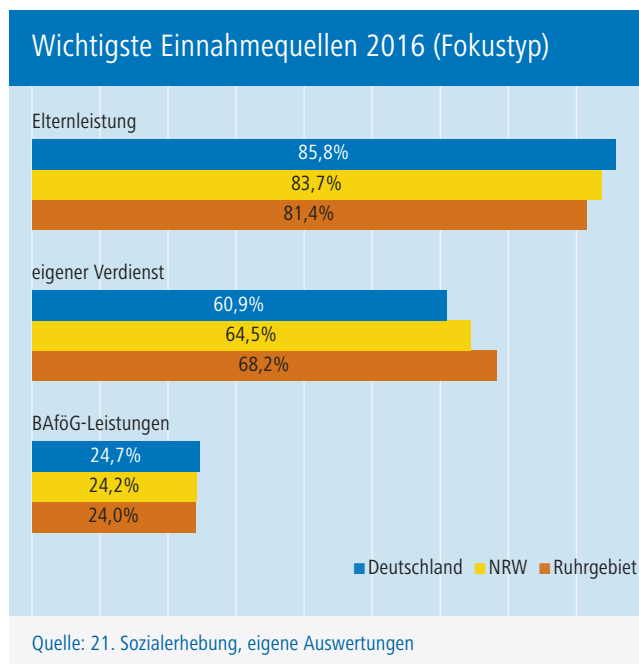
# 7. Studienfinanzierung

Studierende im Ruhrgebiet, die dem »Fokustyp«<sup>15</sup> zugerechnet werden konnten, hatten im Sommersemester 2016 durchschnittliche monatliche Einnahmen in Höhe von insgesamt 954 Euro. Diese waren geringfügig höher als die der Studierenden in NRW (944 Euro) und bundesweit (918 Euro). Die wichtigsten Finanzierungsquellen für die Studierenden waren die Unterstützung durch die Eltern (Ruhrgebiet: 81,4 %; NRW: 83,7 %; bundesweit: 85,8 %), Einkünfte aus dem eigenen Verdienst (Ruhrgebiet: 68,2 %; NRW: 64,5 %; bundesweit: 60,9 %) sowie der Bezug von BAföG-Leistungen<sup>16</sup> (Ruhrgebiet: 24,0 %; NRW: 24,2 %; bundesweit: 24,7 %). Hinzu kamen in geringerem Umfang weitere Einkünfte, beispielsweise aus Stipendien, Darlehen oder Zuwendungen von Verwandten. Studierende im Ruhrgebiet wurden also etwas seltener von ihren Eltern unterstützt und waren etwas häufiger erwerbstätig als die Studierenden in NRW und bundesweit. Dies korrespondiert mit den Angaben der Studierenden zu ihrem Zeitbudget (vgl. Abschnitt 5). Da die Fallzahlen auf der Ebene des Ruhrgebiets zu gering sind, werden die weiteren Finanzierungsquellen an dieser Stelle nicht weiter betrachtet.

Diejenigen Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet, die von ihren Eltern unterstützt wurden, erhielten aus dieser Einkommensquelle durchschnittlich 476 Euro pro Monat. Die Höhe der Elternleistung war im Ruhrgebiet also geringer als in NRW (539 Euro) und bundesweit (542 Euro). Im Ruhrgebiet gaben 66,9 % der Bezieher\*innen von Unterstützungsleistungen durch die Eltern an, dass sie der Meinung seien, diese würden sie unterstützen, so gut sie können. In NRW lag der entsprechende Wert bei 69,0 %, bundesweit waren es 72,2 %. Gleichzeitig hatte im Ruhrgebiet ein höherer Anteil der Studierenden (22,3 %) den Eindruck, die Eltern finanziell zu überfordern, als dies in NRW (20,2 %) und bundesweit (18,7 %) der Fall gewesen ist. Studierende im Ruhrgebiet, die Einkünfte aus einer eigenen Erwerbstätigkeit erzielten, nahmen auf diesem Wege pro Monat durchschnittlich 482 Euro ein. Der eigene Verdienst war im Ruhrgebiet somit durchschnittlich höher als in NRW (424 Euro) und bundesweit (385 Euro). Die erwerbstätigen Studierenden vertraten zum einen mehrheitlich die Meinung, ein Job neben dem Stu-

<sup>15</sup> Zum Fokustyp werden Studierende gezählt, die nicht verheiratet sind, nicht bei den Eltern wohnen und in einem Vollzeitstudiengang immatrikuliert sind. Studierende des Fokustyps entsprechen somit weitgehend dem in der Hochschulpolitik nach wie vor sehr präsenten konzeptionellen Verständnis von »Normalstudierenden«, auch wenn diese Gruppe in der Realität immer kleiner wird. Im Sommersemester 2016 entsprach von den Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet ein Anteil von nur 39,4 % dem Fokustyp, in NRW waren es 46,3 %. Bei der Betrachtung der Studienfinanzierung ist die Betrachtung des Fokustyps allerdings aus methodischen Gründen geboten, da die spezifischen Besonderheiten anderer Studierendengruppen zu erheblichen Verzerrungen der Datenlage führen würden. Beispielsweise ist die Dauer der Erwerbstätigkeit bei berufsbegleitenden Studierenden in aller Regel deutlich höher, fällt für Studierende, die bei den Eltern wohnen, häufig keine oder nur eine geringe Miete an und gelten für verheiratete Studierende andere unterhaltsrechtliche Rahmenbedingungen.

<sup>16</sup> Die Angaben zum Bezug von BAföG-Leistungen basieren auf der Ebene des Ruhrgebiets auf geringen Fallzahlen (N: <50). Deshalb ist hier von einer höheren statistischen Fehlerwahrscheinlichkeit auszugehen als bei den anderen Angaben in diesem Bericht.

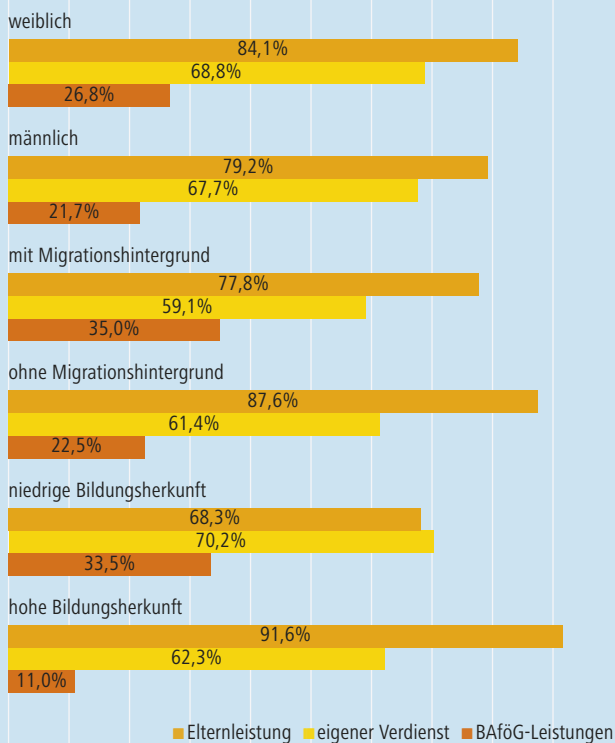


dium macht nichts aus (Ruhrgebiet: 54,1 %; NRW: 53,1 %; bundesweit: 49,1 %), gaben aber zum anderen auch nicht selten an, das Jobben trage zu einer Studienzeitverlängerung bei (Ruhrgebiet:

55,7 %; NRW: 49,5 %; bundesweit: 43,3 %). Die Empfänger\*innen von BAföG-Leistungen im Ruhrgebiet erhielten aus dieser Einkommensquelle im Sommersemester im Durchschnitt monatlich 428 Euro, was ungefähr dem durchschnittlichen BAföG-Satz in NRW (444 Euro) und bundesweit (435 Euro) entsprach. Dabei erklärte die deutliche Mehrzahl der Studierenden, die im Sommersemester 2016 BAföG bezogen (Ruhrgebiet: 75,0 %; NRW: 77,1 %; bundesweit: 78,2 %), ohne diese Förderung nicht studieren zu können. Insgesamt war der Anteil der Studierenden, die im Rahmen der 21. Sozialerhebung angegeben haben, mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert zu sein, im Sommersemester 2016 im Ruhrgebiet marginal größer (20,2 %) als in NRW (19 %) und bundesweit (18,3 %). Allerdings stimmten die Studierenden im Ruhrgebiet etwas seltener der Aussage zu, dass die Finanzierung ihres Lebensunterhalts gesichert sei. Der entsprechende Anteilswert lag hier bei 62,4 %, während er in NRW 65,9 % und bundesweit 67,2 % betrug.

Betrachtet man die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet differenziert nach Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft

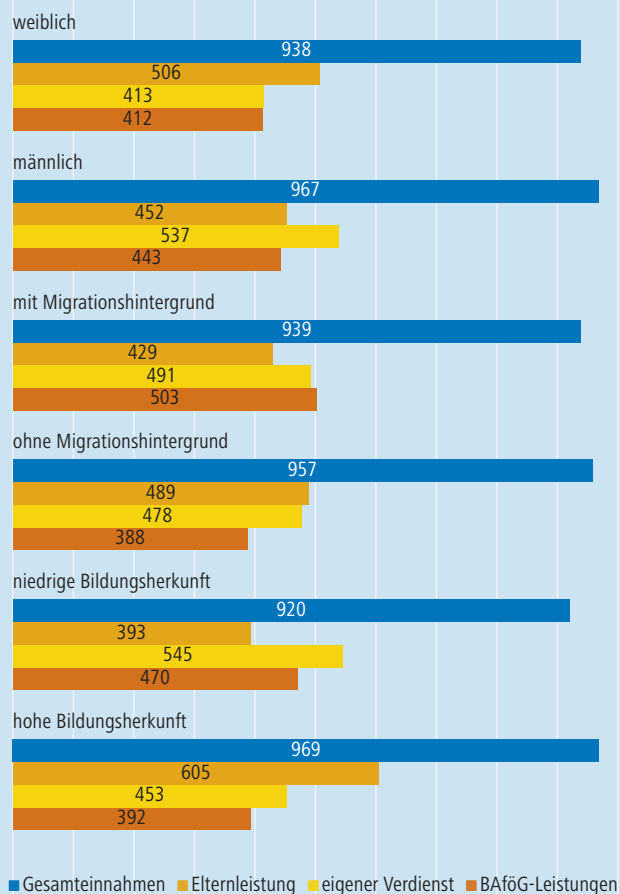
### Wichtigste Finanzierungsquellen von Studierenden im Ruhrgebiet nach Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft 2016 (Fokustyp)



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

kunft, so sind auch hinsichtlich der Einnahmequellen, die ihnen zur Verfügung stehen, (teilweise deutliche) Unterschiede festzustellen. So verfügten weibliche Studierende im Ruhrgebiet über monatliche Gesamteinkünfte in Höhe von durchschnittlich 938 Euro. Dabei erhielten weibliche Studierende etwas häufiger Unterstützungsleistungen durch die Eltern (84,1 %; durchschnittlich 506 Euro) und bezogen auch etwas häufiger BAföG-Leistungen (26,8 %; 412 Euro) als

### Höhe der Gesamteinnahmen und Einnahmen aus ausgewählten Einnahmequellen (in Euro) von Studierenden im Ruhrgebiet nach Geschlecht, Migrationsstatus und Bildungsherkunft 2016 (Fokustyp)



**Lesehilfe:** Studierende mit hoher Bildungsherkunft verfügten im Sommersemester 2016 über durchschnittliche Gesamteinnahmen in Höhe von 969 Euro. Diejenigen von ihnen, die von ihren Eltern finanziell unterstützt wurden (was – wie in der vorherigen Abbildung dargestellt – auf 91,6 % dieser Studierendengruppe zutraf), erhielten auf diesem Wege im Durchschnitt 605 Euro pro Monat. Wenn Studierende mit hoher Bildungsherkunft erwerbstätig waren (62,3 %), lag der eigene Verdienst im Schnitt bei 453 Euro. Sofern sie BAföG bezogen (11,0 %), lag die Förderung durchschnittlich bei 392 Euro pro Monat.

Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

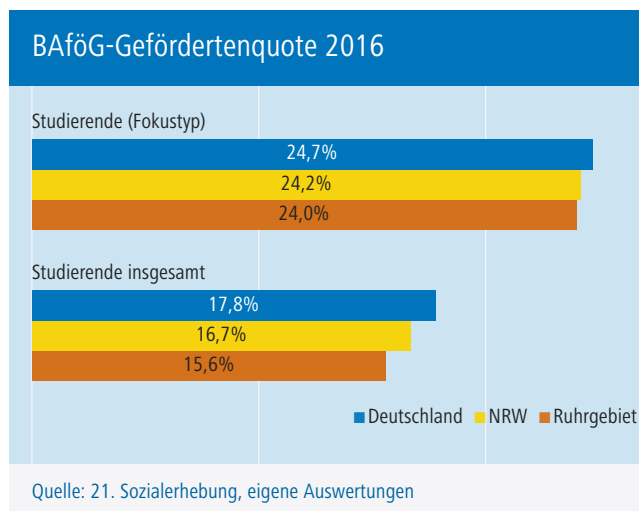


ihre männlichen Kommilitonen (79,2 %; 452 Euro bzw. 21,7 %; 443 Euro). Einen eigenen Verdienst erzielten fast genauso viele weibliche (68,8 %; 413 Euro) wie männliche Studierende (67,7 %; 537 Euro), allerdings in deutlich geringerem Umfang. Studierenden mit Migrationshintergrund standen mit durchschnittlich 939 Euro geringfügig geringere Gesamteinkünfte pro Monat zur Verfügung als denjenigen ohne Migrationshintergrund (957 Euro). Dabei bezogen Studierende mit Migrationshintergrund deutlich seltener und in leicht geringerem Umfang Unterstützungsleistungen von den Eltern (77,8 %; 429 Euro) als Studierende ohne Migrationshintergrund (87,6 %; 489 Euro). Einen eigenen Verdienst als Einnahmequelle gaben die Studierenden unabhängig vom Migrationsstatus ähnlich häufig an (mit: 59,1 %; ohne: 61,4 %) und auch die durchschnittliche Höhe dieses Einkommens unterschied sich hinsichtlich des Migrationsstatus marginal (mit Migrationshintergrund: 491 Euro; ohne Migrationshintergrund: 478 Euro). BAföG-Leistungen bezogen Studierende mit Migrationsstatus hingegen etwas häufiger und dann in deutlich höherem Umfang (mit: 35,0 %; 503 Euro; ohne: 22,5 %; 388 Euro).

Studierende mit einer niedrigen Bildungsherkunft hatten im Sommersemester 2016 den Angaben der 21. Sozialerhebung zufolge mit durchschnittlich 920 Euro pro Monat ein etwas geringeres Budget als diejenigen mit einer hohen Bildungsherkunft, die im Schnitt auf 969 Euro kamen. Bezüglich der Finanzierungsquellen ist festzustellen, dass Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (68,3 %; 393 Euro) deutlich seltener von ihren Eltern unterstützt wurden als diejenigen mit hoher Bildungsherkunft (91,3 %; 605 Euro); und dies auch mit deutlich geringeren Beträgen. Hingegen verfügten Studierende mit niedriger Bildungsherkunft etwas häufiger über einen eigenen Verdienst (70,2 %; 545 Euro) und erhielten deutlich häufiger BAföG-Leistungen (33,5 %; 470 Euro) als Studierende mit hoher Bildungsherkunft (62,3 %; 453 Euro bzw. 11,0 %; 392 Euro).

## BAföG-Förderung

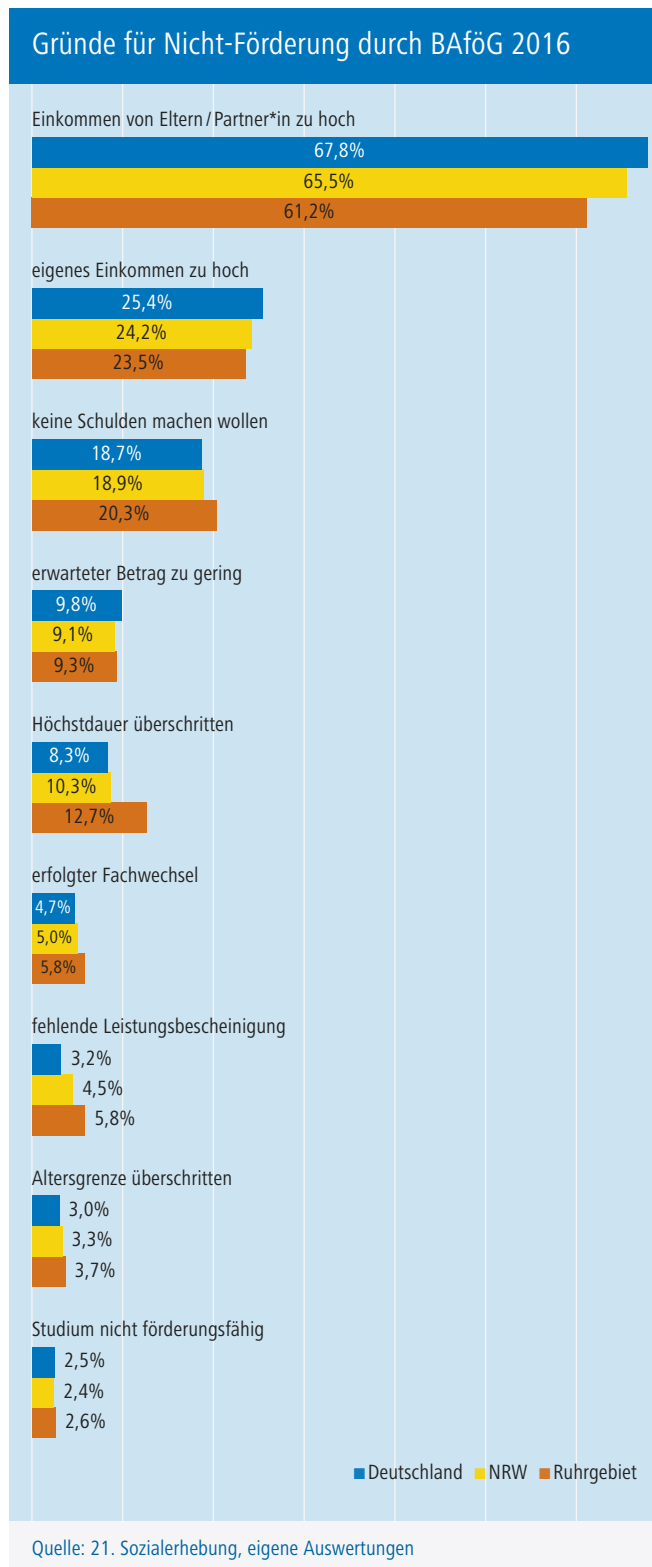
Der 21. Sozialerhebung zufolge erhielt im Sommersemester 2016 etwa ein Viertel der Studierenden, die dem Fokustyp zugeordnet werden konnten, BAföG-Leistungen (Ruhrgebiet: 24,0 %; NRW: 24,2 %; bundesweit: 24,7 %). Bezieht man allerdings alle Studierenden in die Betrachtung ein, also insbesondere auch verheiratete Studierende und Studierende, die bei ihren Eltern wohnen, ergibt sich eine deutlich geringere Gefördertenquote (Ruhrgebiet: 15,6 %; NRW: 16,7 %; bundesweit: 17,8 %). Im Rahmen der 21. Sozialerhebung gab nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Studierenden an, dass ihr BAföG-Antrag abgelehnt worden war (Ruhrgebiet: 11,6 %; NRW: 11,8 %; bundesweit: 11,9 %) oder darüber noch nicht ent-



schieden worden sei (Ruhrgebiet: 3,6 %; NRW: 3,2 %; bundesweit: 3,1 %), während der Großteil der Studierenden (Ruhrgebiet: 69,2 %; NRW: 68,3 %; bundesweit: 67,2 %) im Sommersemester 2016 hingegen erst gar keinen Antrag auf eine BAföG-Förderung gestellt hatte.

Als Gründe dafür, warum ihr BAföG-Antrag abgelehnt wurde oder sie erst gar keinen gestellt hatten, gaben die Studierenden auf allen Ebenen überwiegend die Höhe des Einkommens der Eltern bzw. Partner\*innen (Ruhrgebiet: 61,2 %; NRW: 65,5 %; bundesweit: 67,8 %) oder des eigenen Verdienstes (Ruhrgebiet: 23,5 %; NRW: 24,2 %; bundesweit: 25,4 %) an. Ebenfalls eine Rolle spielte die Erwartung, dass der in Aussicht stehende Förderbetrag zu gering sein würde (Ruhrgebiet: 9,3 %; NRW: 9,1 %; bundesweit: 9,8 %). Formale Gründe, die eine BAföG-Förderung ausschließen, hatten – für sich betrachtet – nach Angaben der Studierenden eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Hierzu gehörten eine Überschreitung der Höchstdauer (Ruhrgebiet: 12,7 %; NRW: 10,3 %; bundesweit: 8,3 %) oder der Altersgrenze (Ruhrgebiet: 3,7 %; NRW: 3,3 %; bundesweit: 3,0 %), ein erfolgter Fachwechsel (Ruhrgebiet: 5,8 %; NRW: 5,0 %; bundesweit: 4,7 %), fehlende Leistungsbescheinigungen (Ruhrgebiet: 5,8 %; NRW: 4,5 %; bundesweit: 3,2 %) sowie die Immatrikulation in einen nicht förderungsfähigen Studiengang (Ruhrgebiet: 2,6 %; NRW: 2,4 %; bundesweit: 2,5 %). Summiert man allerdings die formalen Ausschlussgründe für den Bezug von BAföG-Leistungen, so wird deutlich, dass diese für die Studierenden im Ruhrgebiet (30,6 %) im Sommersemester 2016 eine größere Bedeutung hatten, als dies in NRW (25,5 %) und bundesweit (21,7 %) der Fall war. Immerhin ein gutes Fünftel der Studierenden gab auf den unterschiedlichen Ebenen jeweils an, keinen Antrag gestellt zu haben, weil sie keine Schulden machen wollten (Ruhrgebiet: 20,3 %; NRW: 18,9 %; bundesweit: 18,7 %).

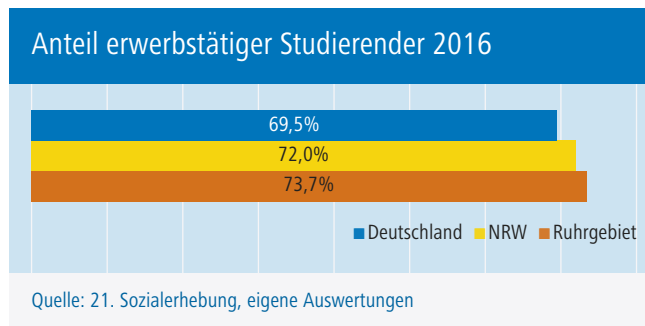
Auch hinsichtlich der Gründe, die gegen den Bezug von BAföG-Leistungen sprechen, bestanden im Sommersemester 2016 (teilweise deutliche) Unterschiede zwischen den verschiedenen Studierenden-  
gruppen. Beispielsweise gaben im Ruhrgebiet Studierende mit Mi-  
grationshintergrund erheblich häufiger als die Studierenden insge-  
samt an, dass sie die Höchstdauer überschritten hatten (22,7 %) oder  
Leistungsnachweise fehlten (12,2 %), während sie deutlich sel-  
tener das Einkommen der Eltern bzw. Partner\*innen (38,0 %) oder  
den eigenen Verdienst (18,5 %) anführten. Gleiches gilt für Studie-  
rende mit niedriger Bildungsherkunft.<sup>17</sup> Diese gaben ebenfalls auf-  
fällig oft die überschrittene Förderungshöchstdauer (23,8 %) und  
das Fehlen von Leistungsbescheinigungen (15,2 %), seltener das  
Einkommen von Eltern bzw. Partner\*innen (33,7 %) oder das eigene  
Einkommen (18,6 %) als Gründe dafür an, nicht gefördert zu wer-  
den. Zudem spielte auch das Motiv, keine Schulden machen zu wol-  
len, sowohl für Studierende mit Migrationshintergrund (24,5 %) als  
auch für diejenigen mit niedriger Bildungsherkunft (19,8 %) eine kei-  
neswegs unbedeutende Rolle.



<sup>17</sup> Die Angaben zu den Gründen für den Nichtbezug von BAföG-Leistungen basieren bei Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft an den Hochschulen des Ruhrgebiets teilweise auf geringen Fallzahlen (N: <100). Deshalb ist hier von einer höheren statistischen Fehlerwahrscheinlichkeit auszugehen als bei den anderen Angaben in diesem Bericht.

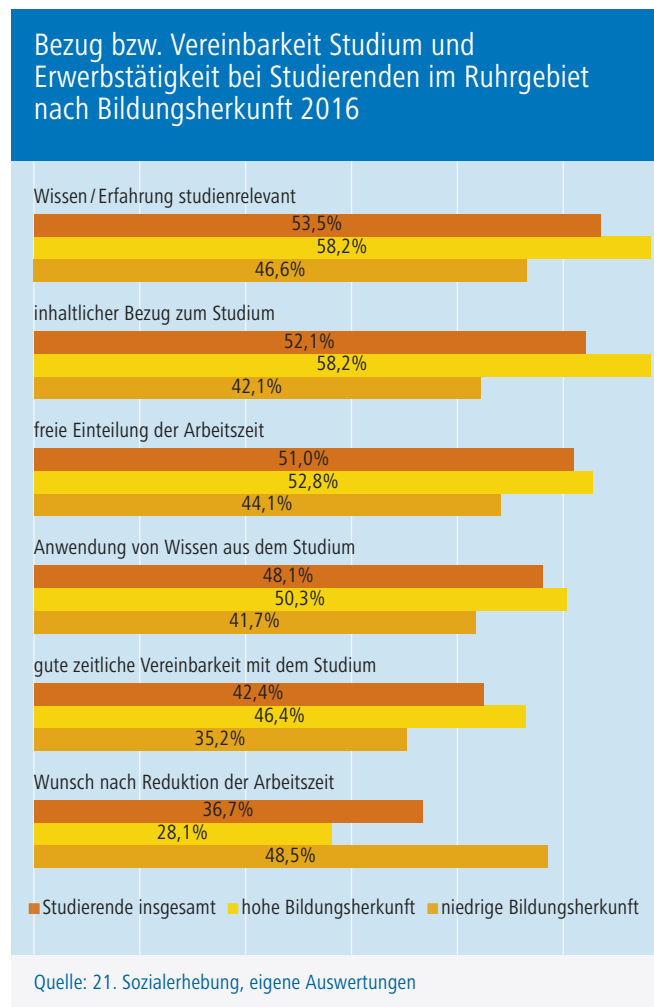
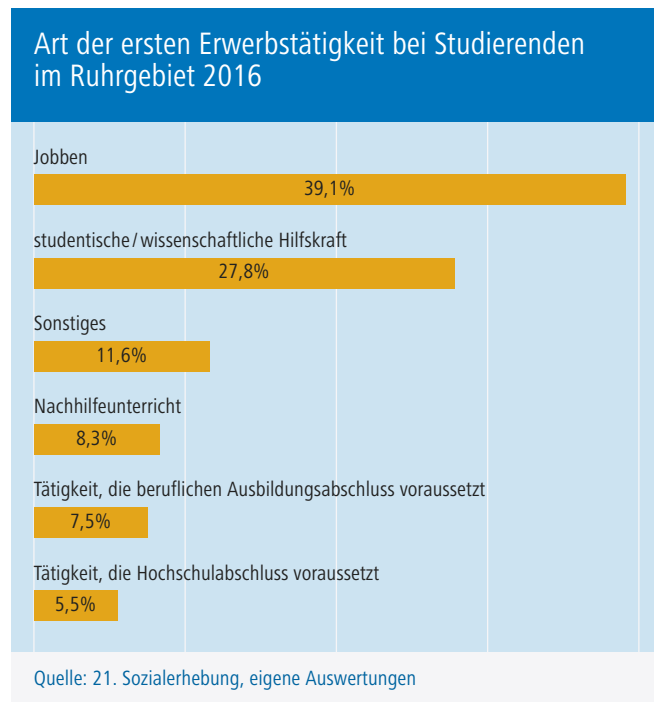
# 8. Erwerbstätigkeit

Im Sommersemester 2016 waren von Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet, die dem Fokustyp zugerechnet werden konnten, 68,2 % parallel zum Studium erwerbstätig, um ihr Studium zu finanzieren (NRW: 64,2 %; bundesweit: 60,9 %) (vgl. Abschnitt 7). Berücksichtigt man allerdings die verheirateten Studierenden, die Studierenden, die bei ihren Eltern lebten, und diejenigen, die nicht in einem Vollzeitstudiengang immatrikuliert waren, so ergeben sich etwas höhere Anteilswerte. Von allen Studierenden im Ruhrgebiet waren den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge 73,7 % erwerbstätig (NRW: 72,0 %; bundesweit: 69,5 %).<sup>18</sup> Im Ruhrgebiet gingen zudem 20,5 % der Studierenden mehr als einer Erwerbstätigkeit nach (NRW: 20,0 %; bundesweit: 19,6 %). Dabei übten weibliche Studierende deutlich häufiger (27,2 %) mehrere Tätigkeiten aus als männliche (17,7 %), allerdings war der Zeitaufwand für die Erwerbstätigkeit bei männlichen Studierenden höher (vgl. Abschnitt 5).



Betrachtet man die erste – und zumeist auch einzige – Erwerbstätigkeit genauer, so zeigt sich, dass die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet dieser im Sommersemester 2016 mehrheitlich (51,5 %) an ein bis zwei Tagen pro Woche nachgingen – ganz ähnlich wie in NRW und bundesweit. Weitere 25,1 % arbeiteten an drei bis vier Tagen pro Woche. Bei der ersten Erwerbstätigkeit parallel zum Studium handelte es sich am häufigsten (39,1 %) um einen »klassischen« Nebenjob, beispielsweise in einer Fabrik, einem Büro oder einer Kneipe. Von den Studierenden im Ruhrgebiet waren außerdem 27,8 % als studentische bzw. wissenschaftliche Hilfskraft tätig, wobei diese Tätigkeit dem Fragebogen der 21. Sozialerhebung zufolge nicht zwingend an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung ausgeübt werden muss. Im Vergleich zu diesen Tätigkeiten handelte es sich bei der ersten Erwerbstätigkeit deutlich seltener um ein anderes Aufgabenfeld wie die Erteilung von Nachhilfeunterricht oder die Ausübung einer Tätigkeit, die eine Berufsausbildung voraussetzt.

<sup>18</sup> Aufgrund des besonderen Studien-Praxis-Verhältnisses von dualen Studiengängen wurden die betreffenden Studierenden hier nicht berücksichtigt. Der Anteil der (zusätzlich) erwerbstätigen Dualstudierenden lag im Sommersemester 2016 bundesweit bei 18,5 %. Aufgrund zu geringer Fallzahlen sind die Daten für NRW und Ruhrgebiet nicht aussagekräftig.

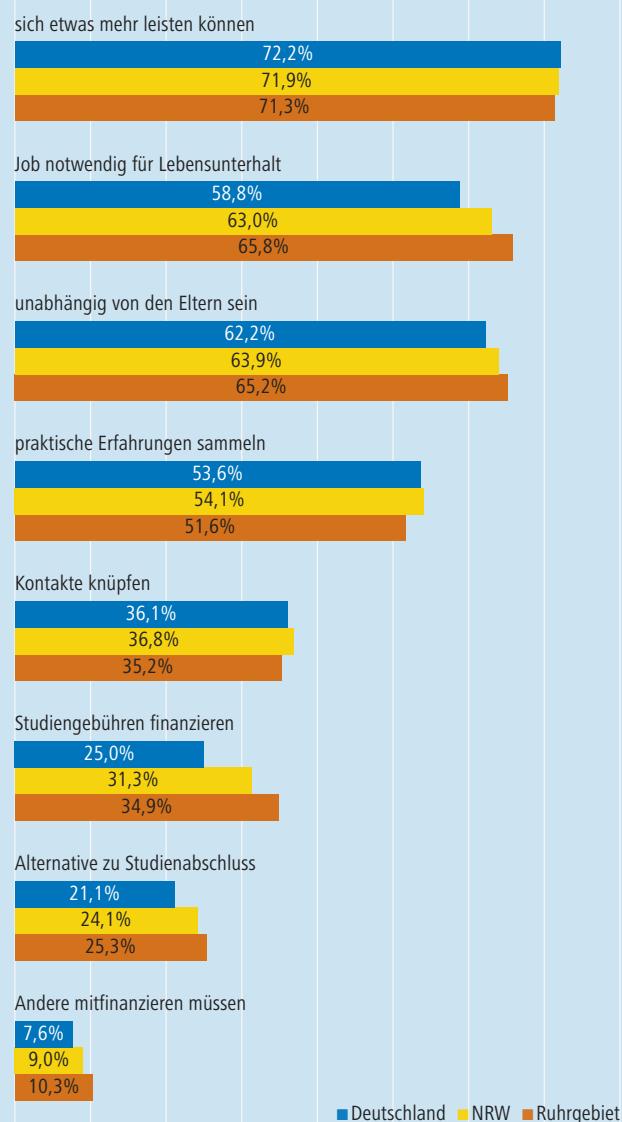


Bei den Studierenden im Ruhrgebiet hatte die Erwerbstätigkeit mehrheitlich (52,1 %) einen inhaltlichen Bezug zum Studium. Unterschiede bestanden hierbei vor allem nach den Dimensionen Migrationshintergrund und Bildungsherkunft. So gaben 53,5 % der Studierenden ohne Migrationshintergrund einen inhaltlichen Bezug zum Studium an, aber nur 47,7 % der Studierenden mit Migrationshintergrund. Unter den Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft stimmten sogar 58,2 % der Aussage zu, dass ihre Erwerbstätigkeit einen inhaltlichen Bezug zum Studium habe. Dies traf jedoch nur für 42,1 % der Studierenden mit einer niedrigen Bildungsherkunft zu. Ganz ähnlich waren die Einschätzungen der befragten Studierenden in Bezug darauf, dass das Wissen und die Erfahrungen aus der Erwerbstätigkeit studienrelevant seien und sie Wissen aus dem Studium einbringen konnten. Von den Studierenden im Ruhrgebiet äußerten im Sommersemester 2016 36,7 % den Wunsch, ihre Erwerbstätigkeit einschränken zu können, um mehr Zeit für das Studium zu haben. Dieser Aussage haben tendenziell mehr weibliche Studierende als männliche, mehr Studierende mit Migrationshintergrund als ohne und mehr Studierende mit einer niedrigen im Vergleich zu denjenigen mit einer hohen Bildungsherkunft zugestimmt. Beispielsweise gaben 48,5 % der Studierenden mit einer niedrigen Bildungsherkunft an, dass sie eigentlich mehr Zeit für das Studium benötigten. Bei den Studierenden mit einer hohen Bildungsherkunft waren es hingegen nur 28,1 %. Die Daten der 21. Sozialerhebung zeigen außerdem, dass die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit im Sommersemester 2016 für viele Studierende nicht gegeben war. Nur 42,4 % der Studierenden im Ruhrgebiet haben der Aussage zugestimmt, dass dies für sie zutreffend sei. Auch hier waren die Unterschiede nach Bildungsherkunft besonders groß (niedrig: 35,2 %; hoch: 46,4 %). Die Ergebnisse für NRW und den Bund stimmten sehr weitgehend mit denen für das Ruhrgebiet überein, sodass an dieser Stelle auf eine gesonderte Auswertung verzichtet wird.

## Gründe für Erwerbstätigkeit

Als Gründe für die Erwerbstätigkeit waren im Sommersemester 2016 bei den Studierenden auf allen regionalen Ebenen die Motive, sich etwas mehr leisten zu können (Ruhrgebiet: 71,3 %; NRW: 71,9 %; bundesweit: 72,2 %) und unabhängig von den Eltern zu sein (Ruhrgebiet: 65,2 %; NRW: 63,9 %; bundesweit: 62,2 %), besonders relevant. Für viele Studierende waren der 21. Sozialerhebung zufolge auch die Ziele, praktische Erfahrungen zu sammeln (Ruhrgebiet: 51,6 %; NRW: 54,1 %; bundesweit: 53,6 %) und Kontakte für eine spätere Berufstätigkeit knüpfen zu können (Ruhrgebiet: 35,2 %; NRW: 36,8 %; bundesweit: 36,1 %), wichtige Motive für die Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Ein großer Teil der Studierenden ist aber auch auf einen Nebenjob angewiesen, um den

### Gründe für Erwerbstätigkeit parallel zum Studium 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dies gab im Sommersemester 2016 im Ruhrgebiet mit 65,8 % ein noch etwas größerer Anteil als Grund für die Erwerbstätigkeit an als in NRW (63,0 %) und bundesweit (58,8 %). Gleiches galt – in noch etwas stärkerem Maße – auch für das Motiv, Studiengebühren zu finanzieren (Ruhrgebiet: 34,9 %; NRW: 31,3 %; bundesweit: 25,0 %).<sup>19</sup> Etwas relevanter war bei den

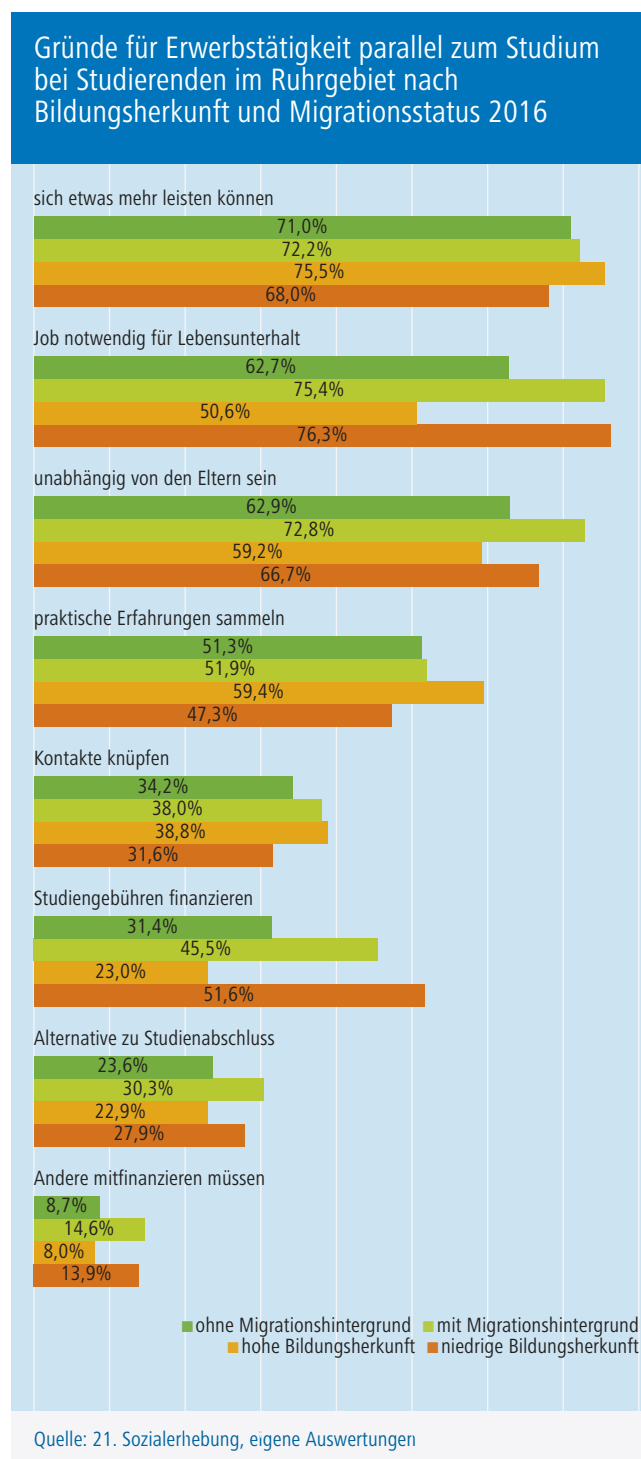
<sup>19</sup> Hiermit dürften auch die Rückmeldegebühren gemeint sein, die an den Hochschulen im Ruhrgebiet und in NRW in aller Regel das Semesterticket einschließen und mehrere hundert Euro pro Semester betragen können.

Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet ebenfalls das Motiv, durch die Erwerbstätigkeit über eine Alternative zum Studienabschluss zu verfügen (Ruhrgebiet: 25,3 %; NRW: 24,1 %; bundesweit: 21,1 %). Schließlich gaben die Studierenden im Ruhrgebiet (10,3 %) leicht häufiger an als die Studierenden in NRW (9,0 %) und bundesweit (7,6 %), durch die Einnahmen aus der eigenen Erwerbstätigkeit andere Personen mitfinanzieren zu müssen.

Bei den Gründen, warum Studierende parallel zum Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind (teilweise deutliche) Unterschiede nach Bildungsherkunft und Migrationsstatus festzustellen. So gaben beispielsweise die im Rahmen der 21. Sozialerhebung befragten Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet, die einen Migrationshintergrund hatten (75,4 %), deutlich häufiger an, dass der Job notwendig für den Lebensunterhalt sei, als Studierende ohne Migrationshintergrund (62,7 %). Gleiches galt für Studierende mit einer niedrigen Bildungsherkunft (76,3 %) im Vergleich zu denjenigen mit einer hohen Bildungsherkunft (50,6 %). Relevante Unterschiede ließen sich auch beim Motiv, unabhängig von den Eltern sein zu wollen, hinsichtlich des Migrationsstatus (mit Migrationshintergrund: 72,8 %; ohne Migrationshintergrund: 62,9 %) und der Bildungsherkunft (niedrig: 66,7 %; hoch: 59,2 %) erkennen. Dass sie einer Erwerbstätigkeit nachgingen, um Studiengebühren zu finanzieren, gaben Studierende mit Migrationshintergrund (45,5 %) im Vergleich zu denjenigen ohne Migrationshintergrund (31,4 %) ebenfalls deutlich häufiger an – genauso wie Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (51,6 %) im Vergleich zu Studierenden mit hoher Bildungsherkunft (23,0 %). Im Sommersemester 2016 führten Studierende mit Migrationshintergrund (14,6 %) und diejenigen mit einer niedrigen Bildungsherkunft (13,9 %) außerdem häufiger an, durch ihre Erwerbstätigkeit andere mitfinanzieren zu müssen, als Studierende ohne Migrationshintergrund (8,7 %) und Studierende mit hoher Bildungsherkunft (8,0 %). Schließlich sahen Studierende mit Migrationshintergrund (30,3 %) und Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (27,9 %) in der Erwerbstätigkeit häufiger eine mögliche Alternative zum Studienabschluss (23,6 %) und diejenigen mit hoher Bildungsherkunft (22,9 %).

Außerdem gaben Studierende mit Migrationshintergrund (38,0 %) etwas häufiger als Studierende ohne Migrationshintergrund (34,2 %) an, durch die Erwerbstätigkeit Kontakte für eine spätere Berufstätigkeit knüpfen zu wollen. Auch Studierende mit einer hohen Bildungsherkunft (38,8 %) gaben etwas häufiger an, Kontakte knüpfen zu wollen, als diejenigen mit einer niedrigen Bildungsherkunft (31,6 %). Beim Motiv, praktische Erfahrungen sammeln zu wollen, bestanden im Sommersemester faktisch keine Unterschiede nach dem Migrationsstatus der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet (mit

Migrationshintergrund: 51,9 %; ohne Migrationshintergrund: 51,3 %), wohl aber nach dem Bildungshintergrund. Hier gaben Studierende mit hoher Bildungsherkunft (59,4 %) öfter an, durch die Erwerbstätigkeit praktische Erfahrungen sammeln zu wollen, als Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (47,3 %).



# 9. Wohnen und Mobilität

In der 21. Sozialerhebung wurden auch verschiedene Aspekte der Wohnsituation der Studierenden wie der Wohnort oder die gewählte Wohnform erhoben. Im Sommersemester 2016 war der Anteil der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet (43,6 %), die ausschließlich am Hochschulort wohnten, deutlich geringer als bei den Studierenden in NRW (53,7 %) und in Deutschland insgesamt (61,4 %). Dies ist sicherlich zum einen auf die dichte Besiedlung im Ruhrgebiet zurückzuführen, zum anderen dürfte sich hier auch die von den Studierenden gewählte Wohnform auswirken. Folglich wohnten Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet (49,2 %) erheblich häufiger ausschließlich außerhalb des Hochschulortes als die Studierenden in NRW (37,7 %) sowie bundesweit (28,8 %). Zwei Wohnsitze hatten die Studierenden auf allen Ebenen eher selten (Ruhrgebiet: 7,2 %; NRW: 8,5 %; bundesweit: 9,9 %). Dabei wohnten im Ruhrgebiet männliche Studierende (50,5 %) und Studierende mit Migrationshintergrund geringfügig häufiger (52,3 %) ausschließlich außerhalb des Hochschulortes. Dies galt zudem – in stärkerem Maße – für Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (57,2 %), während Studierende mit hoher Bildungsherkunft besonders häufig ausschließlich am Hochschulort wohnten (51,0 %).

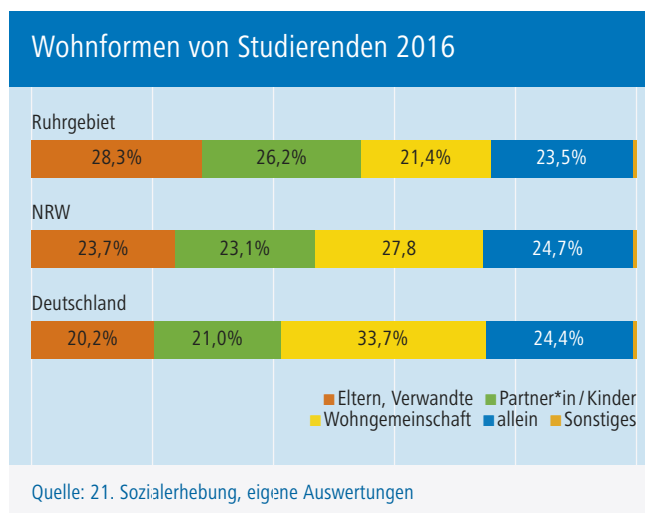
## Wohnform, Gründe für Wohnsituation

Allein wohnten Studierende im Ruhrgebiet (23,5 %) der 21. Sozialerhebung zufolge ungefähr gleich häufig wie alle Studierenden in NRW (24,7 %) und bundesweit (24,4 %), jedoch deutlich seltener in einer Wohngemeinschaft (Ruhrgebiet: 21,4 %; NRW: 27,8 %; bundesweit: 33,7 %). Demgegenüber wohnten Studierende im Ruhrgebiet im Vergleich zu den Studierenden in NRW und bundesweit deutlich häufiger bei ihren Eltern (Ruhrgebiet: 28,3 %; NRW: 23,7 %; bundesweit: 20,2 %) oder mit ihren Partner\*innen – teilweise auch

mit einem oder mehreren Kind(ern) – (Ruhrgebiet: 26,2 %; NRW: 23,1 %; bundesweit: 21,0 %) zusammen. Dabei wohnten im Ruhrgebiet beispielsweise weibliche Studierende (30,8 %) besonders häufig mit ihren Partner\*innen zusammen und Studierende mit niedriger Bildungsherkunft (32,8 %) sowie diejenigen mit Migrationshintergrund (33,4 %) auffällig oft bei den Eltern, während Studierende mit hoher Bildungsherkunft (28,5 %) häufiger in einer Wohngemeinschaft lebten. Außerdem wohnten Studierende im Ruhrgebiet (8,5 %) etwas seltener in einem Wohnheim als die Studierenden in NRW (10,1 %) sowie bundesweit (12,2 %).

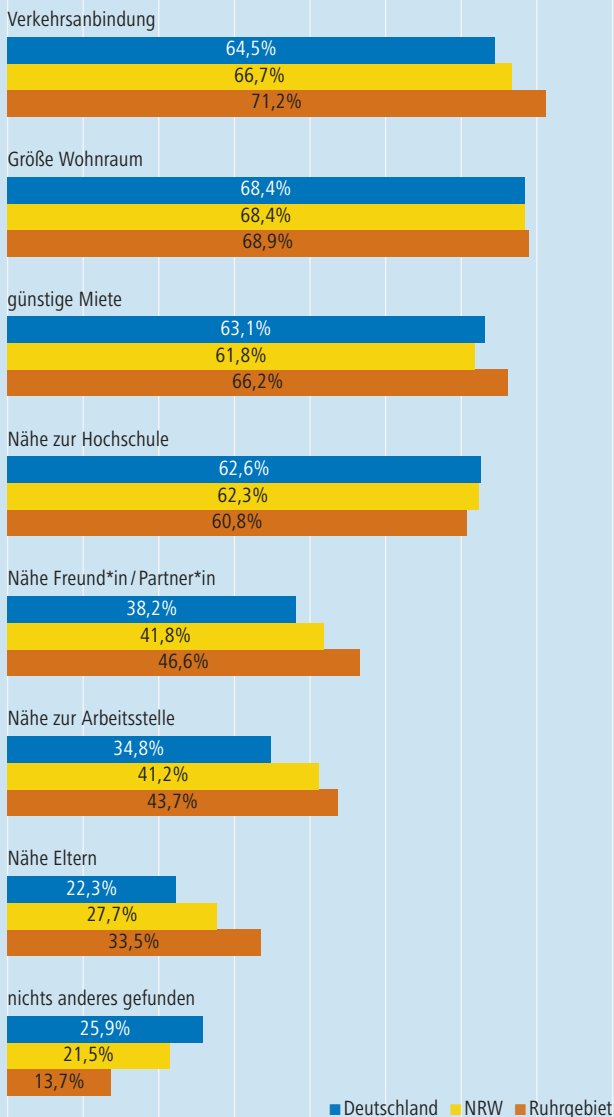
Je nach Wohnsituation war auch die Miete unterschiedlich hoch. Während Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet, die in einem Einzelhaushalt (eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft) lebten, hierfür durchschnittlich 320 Euro pro Monat aufwendeten, trugen Studierende in einem Paar-(Familien-)Haushalt durchschnittlich 365 Euro zu den Mietkosten bei. Die Studierenden in NRW insgesamt zahlten in einem Einzelhaushalt durchschnittlich 328 Euro monatlich und in einem Paarhaushalt im Schnitt 350 Euro. Bundesweit lagen die Mietkosten durchschnittlich bei 317 (Einzelhaushalt) bzw. 339 Euro (Paarhaushalt). Zu den Studierenden, die bei ihren Eltern lebten, liegen keine Angaben vor.

Nach den Gründen für die gewählte Wohnform gefragt, gaben die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet – ähnlich wie die Studierenden in NRW und bundesweit – besonders häufig eine gute Verkehrsanbindung (Ruhrgebiet: 71,2 %; NRW: 66,7 %; bundesweit: 64,5 %), die Größe des Wohnraums (Ruhrgebiet: 68,9 %; NRW: 68,4 %; bundesweit: 68,4 %), die günstige Miete (Ruhrgebiet: 66,2 %; NRW: 61,8 %; bundesweit: 63,1 %) sowie die Nähe zur Hochschule (Ruhrgebiet: 60,8 %; NRW: 62,3 %; bundesweit: 62,6 %) als wichtige Motive an. Für Studierende im Ruhrgebiet waren im Vergleich zu allen Studierenden in NRW und bundesweit die Nähe zu Freund\*innen und Partner\*innen (Ruhrgebiet: 46,6 %; NRW: 41,8 %; bundesweit: 38,2 %) sowie zu den Eltern (Ruhrgebiet: 33,5 %; NRW: 27,7 %; bundesweit: 22,3 %) häufiger relevant. Gleiches gilt für die Nähe zur Arbeitsstelle, die von den Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet (43,7 %) ebenfalls öfter genannt wurde als von allen Studierenden in NRW (41,2 %) und bundesweit (34,8 %). Keine andere Wohnmöglichkeit gefunden zu haben gaben Studierende im Ruhrgebiet (13,7 %) deutlich seltener an als die Studierenden in NRW (21,5 %) sowie bundesweit (25,9 %). Insgesamt scheinen die bestehenden sozialen Netzwerke, zu Freund\*innen, Partner\*innen sowie zu den Eltern, für die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet eine größere Rolle zu spielen als für die Studierenden in NRW insgesamt sowie bundesweit. Dies korrespondiert auch mit den Gründen, die die Studierenden für die Wahl des Hochschulortes angegeben haben (vgl. Abschnitt 3).





## Gründe für die aktuelle Wohnform 2016

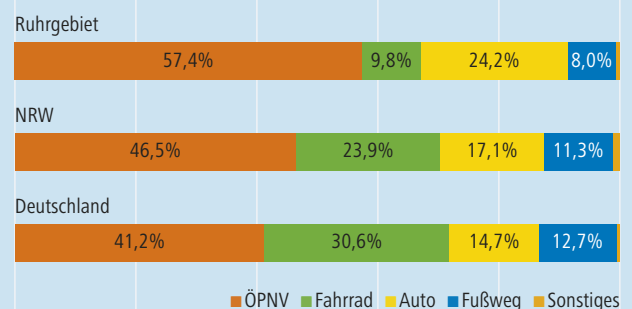


Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

benötigen. Dieses Ergebnis korrespondiert ganz offensichtlich mit der Wohnsituation der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet, insbesondere dem Wohnort.

Im Sommersemester 2016 gaben Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet (57,4 %) deutlich häufiger an, für den Weg zur Hochschule öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, als die Studierenden in NRW (46,5 %) und bundesweit (41,2 %). Ebenfalls häufiger nutzten sie das Auto (Ruhrgebiet: 24,2 %; NRW: 17,1 %; bundesweit: 14,7 %). Das Fahrrad nutzten Studierende im Ruhrgebiet hingegen im Vergleich deutlich weniger oft (Ruhrgebiet: 9,8 %; NRW: 23,9 %; bundesweit: 30,6 %) und gingen auch etwas seltener zu Fuß zur Hochschule (Ruhrgebiet: 8,0 %; NRW: 11,3 %; bundesweit: 12,7 %). Diese Befunde korrespondieren erneut mit der spezifischen Wohnsituation von Studierenden im Ruhrgebiet, einem Ballungsraum mit einem im Vergleich zu vielen ländlichen Regionen gut ausgebauten Nahverkehrsnetz.

## Genutzte Verkehrsmittel im Sommersemester 2016



Quelle: 21. Sozialerhebung, eigene Auswertungen

## Wegezeit zur Hochschule, Verkehrsmittel

Studierende im Ruhrgebiet benötigten im Sommersemester 2016 für den Weg von der Wohnung zur Hochschule durchschnittlich 40 Minuten und somit etwas mehr Zeit als alle Studierenden in NRW (37 Minuten) und bundesweit (33 Minuten). Betrachtet man zusätzlich die Medianwerte, die für das Ruhrgebiet 30 Minuten, für NRW 25 Minuten und bundesweit ebenfalls 25 Minuten betragen, so verdichtet sich der Befund, dass Studierende an den Hochschulen im Ruhrgebiet eine vergleichsweise längere Wegezeit zur Hochschule

# 10. Gesamteinschätzung

Insgesamt zieht sich das Thema Studienfinanzierung wie ein roter Faden durch die vorliegende Studie. Dies war für die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet von noch höherer Relevanz, als es bei den Studierenden in NRW und auch bundesweit ohnehin schon der Fall gewesen ist. So bewerteten die Studierenden zwischen Ruhr und Lippe nicht nur ihre wirtschaftliche Lage pessimistischer als die Studierenden in NRW und im Bund, sondern berichteten auch häufiger explizit über Probleme mit der Studienfinanzierung, nicht zuletzt bei der Aufbringung der Kosten für die Semesterbeiträge, die einschließlich des Semestertickets mehrere hundert Euro pro Jahr ausmachen können. Finanzielle Probleme waren im Ruhrgebiet zudem häufiger ein Grund für die Unterbrechung des Studiums. Obwohl man aufgrund der Sozialstruktur des Ruhrgebiets erwarten könnte, dass die Studierenden hier häufiger BAföG-Leistungen erhalten würden, bildet sich dies in den Daten der 21. Sozialerhebung nicht nur nicht ab; diese deuten vielmehr sogar auf eine tendenziell geringere Gefördertenquote unter den Studierenden im Ruhrgebiet hin. Eine Ursache hierfür dürfte sein, dass diese häufiger angaben, aus formalen Gründen wie dem Überschreiten der Förderungshöchstdauer oder dem Fehlen der geforderten Leistungsnachweise kein BAföG beziehen zu können. Da sie zudem etwas seltener von ihren Eltern unterstützt wurden als die Studierenden in NRW und bundesweit, waren die Studierenden im Ruhrgebiet parallel zum Studium häufiger erwerbstätig, um durch den eigenen Verdienst die Kosten für das Studium zu decken. Vor diesem Hintergrund ist es auch wenig überraschend, dass die Studierenden zwischen Ruhr und Lippe besonders häufig angaben, auf Nebenjobs angewiesen zu sein. Dies spiegelt sich auch darin, dass die Studierenden in dieser Region die Ausübung einer Erwerbstätigkeit häufiger als die Studierenden in NRW und bundesweit als Grund für eine Unterbrechung des Studiums anführten.

Der 21. Sozialerhebung zufolge sah sich im Sommersemester 2016 jede\*r vierte Studierende im Ruhrgebiet mit einer hohen Erwerbsbelastung konfrontiert. Damit korrespondiert der Befund, dass ein Drittel der Studierenden faktisch in Teilzeit studierte. Allerdings war nur weniger als jede\*r 16. Student\*in in einem Teilzeitstudiengang bzw. einem Studiengang mit formaler Teilzeitregelung eingeschrieben. So ist es wenig verwunderlich, dass ein Großteil der Studierenden über Probleme mit dem Zeitmanagement sowie der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit berichtete, was wiederum eine Ursache für die unter den Studierenden zwischen Ruhr und Lippe stärker verbreitete Sorge vor einer Studienzeitverlängerung sein dürfte. Zudem gaben Studierende im Ruhrgebiet etwas häufiger als die Studierenden in NRW und bundesweit an, (zu) wenig Zeit für ihr Studium aufwenden zu können. Gleichzeitig beurteilten die Studierenden im Ruhrgebiet auch die eigene Studiensituation sowie die individuelle Studienperformanz schlechter.

Ist die Lebens- und Studiensituation schon für die Studierenden im Ruhrgebiet insgesamt bereits schwieriger als bei den Studierenden in NRW und bundesweit, so gilt dies erst recht für Studierende mit Migrationshintergrund sowie Studierende mit niedriger Bildungsherkunft, wie die Daten aus dem Sommersemester 2016 eindrücklich zeigen. So berichteten Studierende aus diesen beiden Gruppen nicht nur (noch) häufiger über Probleme mit der Studienfinanzierung, sondern gaben auch öfter an, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und auf diese zur Sicherung des Lebensunterhalts auch angewiesen zu sein. Studierende mit Migrationshintergrund und diejenigen mit niedriger Bildungsherkunft waren zudem mit ihrer Studiensituation sowie ihren Studienleistungen in (noch) stärkerem Maße unzufrieden, zugleich gaben sie auch häufiger an, aus formalen Gründen keine BAföG-Leistungen zu erhalten. Insbesondere hatte in beiden Gruppen fast ein Viertel die Förderungshöchstdauer überschritten, außerdem konnte jeweils ein relevanter Anteil die geforderten Leistungsnachweise nicht rechtzeitig vorlegen. Hinzu kommt, dass ein Fünftel der Studierenden mit Migrationshintergrund und ein Viertel der Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft keinen Antrag gestellt hatte, weil sie keine Schulden machen wollten. Obwohl Studierende mit Migrationshintergrund sowie diejenigen mit niedriger Bildungsherkunft im Sommersemester 2016 an den Hochschulen zwischen Ruhr und Lippe stärker vertreten waren als in NRW und bundesweit, müssten beide Gruppen auch im Ruhrgebiet einen noch deutlich größeren Teil der Studierenden stellen, um ihrem Anteil an der dortigen Sozialstruktur zu entsprechen. Zu dieser Unterrepräsentanz dürfte nicht zuletzt beitragen, dass die wirtschaftliche und soziale Lage von Studierenden mit Migrationshintergrund und Studierenden mit niedriger Bildungsherkunft den Daten der 21. Sozialerhebung zufolge als besonders prekär betrachtet werden muss.

Ein zweites zentrales Leitmotiv der vorliegenden Untersuchung ist sicherlich die starke Verwurzelung der Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet in ihrer Heimatregion. Dies drückt sich nicht nur darin aus, dass für die Studierenden zwischen Ruhr und Lippe soziale Motive wie die Nähe zum Heimatort sowie zu Familie und Freund\*innen eine größere Rolle spielten als für die Studierenden in NRW und bundesweit, sondern spiegelt sich auch in der Wohnsituation: Studierende im Ruhrgebiet lebten deutlich häufiger mit ihren Eltern bzw. Partner\*innen zusammen und wohnten auch erheblich öfter nicht am Hochschulort. Mit diesen Ergebnissen korrespondiert zudem, dass die Studierenden an den Hochschulen im Ruhrgebiet im Rahmen der 21. Sozialerhebung etwas häufiger angaben, dass sie verheiratet waren bzw. sich in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft befanden und mindestens ein Kind hatten. Zur familiären Situation dürfte allerdings auch beigetragen haben, dass die Studierenden im Ruhrgebiet älter waren als die Studierenden in NRW und

bundesweit. Die enge Einbindung in lokale soziale Netzwerke trug außerdem dazu bei, dass die Studierenden im Ruhrgebiet im Sommersemester 2016 seltener bereits einen Auslandsaufenthalt absolviert hatten als diejenigen in NRW sowie bundesweit. Hier wirkten sich jedoch auch die für viele Studierende unsichere Finanzierungssituation sowie teilweise die unflexible Struktur des Studiengangs in nicht unerheblichem Maße aus.

## Handlungsmöglichkeiten

### Flexible Studienorganisation

Eine Möglichkeit, die problematische Lage vieler Studierender an den Hochschulen im Ruhrgebiet – aber durchaus auch weit darüber hinaus – zu entspannen, wäre eine deutliche Flexibilisierung der Studienorganisation. Auf diese Weise könnte die Vereinbarkeit von Studium und Erwerbsarbeit, aber auch von Studium und sozialen bzw. familiären Verpflichtungen der Studierenden verbessert werden. Hierzu müsste nicht nur ein deutlicher Ausbau echter Teilzeitstudienangebote mit unterschiedlichen Zeitschemata gehören (z. B. Konzentration der Veranstaltungen auf bestimmte Wochentage, Angebot von längeren Blockveranstaltungen sowie Abend- und Wochenendkurse), sondern auch eine Ausweitung asynchroner und dezentraler Lehr-Lern-Formate wie E-Learning- und Blended-Learning-Kurse. Letzteres könnte insbesondere die bestehenden Herausforderungen hinsichtlich des Zeitmanagements bei Studierenden reduzieren, die über längere Strecken zum Hochschulort pendeln. Nicht zuletzt könnte auch der stärkere Einsatz von didaktischen Konzepten, die an die Ansätze des Problembasierten Lernens oder von Fallstudien anknüpfen, dazu geeignet sein, fixe Präsenztermine zugunsten von individuell terminierten Arbeitsgruppentreffen und Rücksprachen mit den Dozent\*innen zu reduzieren. Ein solcher Ansatz würde allerdings zwingend einen deutlichen Ausbau des Lehrpersonals an den Hochschulen voraussetzen.

### Sicherung der Studienfinanzierung

Eine zweite Handlungsmöglichkeit besteht darin, die Studienfinanzierung stärker auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse der Studierenden auszurichten. Hierzu würden nicht nur bedarfsdeckende Fördersätze, sondern auch angemessene Freibeträge und Zuverdienstmöglichkeiten gehören. Dies sollte allerdings in jedem Fall um eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Lebenssituation ergänzt werden. Beispielsweise zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Analyse, dass gerade Studierende mit Migrationshintergrund und

Studierende mit niedriger Bildungsherkunft besonders häufig bei ihren Eltern wohnen. Dies sind gleichzeitig diejenigen Gruppen, die vergleichsweise häufig angegeben haben, durch ihren eigenen Verdienst andere Personen mitfinanzieren zu müssen. Das BAföG sieht für Studierende, die zusammen mit ihren Eltern leben, derzeit allerdings nur einen Pauschalbetrag in Höhe von 50 Euro vor. Dies dürfte jedoch selbst im Ruhrgebiet mit einem im bundesweiten Vergleich vielfach relativ niedrigen Mietniveau nur in den seltensten Fällen die realen anteiligen Kosten für Miete und Nebenkosten abdecken.

### Information, Beratung, Unterstützung

Zudem sollten drittens zielgruppenspezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote beim Übergang zur Hochschule, aber auch kontinuierlich während des gesamten Studienverlaufs vorgehalten werden. Hierzu müssten die bereits teilweise an den Hochschulen im Ruhrgebiet bestehenden Angebote konzeptionell erweitert und ausgebaut werden. Dies würde beispielsweise Beratungs- und Unterstützungsangebote einschließen, die sich gezielt an weibliche Studierende richten und an der überdurchschnittlich häufigen Nennung von Prüfungsangst und Problemen mit dem Selbstwertgefühl als Schwierigkeiten und Belastungen durch diese ansetzen. Ein weiteres Beispiel wären spezifische Informations- und Beratungsangebote, die besonders auf Personen ausgerichtet sind, die ihre Studienberechtigung im System der beruflichen Bildung erwerben bzw. bereits erworben haben. Hierbei handelt es sich vergleichsweise oft um Schüler\*innen und Auszubildende mit Migrationshintergrund und/oder einer niedrigen Bildungsherkunft. Diese sollten die bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme eines Studiums, zur Anerkennung von Kompetenzen sowie die für sie relevanten besonderen Finanzierungsregelungen kennen und auf dieser Basis eine selbstbestimmte Entscheidung über den weiteren Bildungs- und Qualifizierungsweg treffen können. Im Falle eines be- oder auch entstehenden Studienwunsches sollten ergänzend passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote vorgehalten werden. Dies sollte insbesondere durch HAW erfolgen, da die Daten der 21. Sozialerhebung gezeigt haben, dass gerade Studierende mit Migrationshintergrund ihr Studium besonders häufig begonnen haben, um eine qualifizierte berufliche Position mit guten Karrierechancen erreichen zu können, während das wissenschaftliche Interesse bei ihnen weniger stark ausgeprägt gewesen ist. Dieses Profil können die HAW mit ihren Schwerpunktsetzungen auf eine hochwertige wissenschaftliche Ausbildung und anwendungsorientierte Forschungsaktivitäten traditionell besonders gut abdecken.

# Autor\*innen

**Dr. Ulf Banscherus** ist Sozial- und Bildungswissenschaftler und leitet die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt in der Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK) der Technischen Universität Berlin. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter in der Abteilung Hochschulforschung des Instituts für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Stipendiat im Promotionskolleg »Lebenslanges Lernen« der Hans-Böckler-Stiftung an der Technischen Universität Dresden.

**Alena Baumgärtner** ist studentische Mitarbeiterin an der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt und studiert nach dem Bachelorabschluss (Deutsch und Erziehungswissenschaften) im Masterstudiengang Linguistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit Mai 2016 ist sie außerdem als studentische Mitarbeiterin in der Abteilung Hochschulforschung des Instituts für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

**Mirjam Sorge** ist Soziologin und studentische Beschäftigte an der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt. Sie hat den Bachelorstudiengang Politikwissenschaft und Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg absolviert und studiert derzeit im Masterstudiengang Soziokulturelle Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

## Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt ist ein Teilbereich der Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK) der Technischen Universität Berlin. Sie wurde 1990 durch einen Kooperationsvertrag mit dem DGB Berlin-Brandenburg gegründet und fördert den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt. Hierzu führt die Kooperationsstelle zu einer vielfältigen Veranstaltungen zur Diskussion von arbeitsweltrelevanten Forschungsergebnissen und weiteren aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen durch, zum anderen realisiert sie arbeitsweltrelevante Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Themenschwerpunkten »Wandel der Arbeitswelt« und »Hochschulen in der Wissensgesellschaft« bzw. beteiligt sich an diesen.









